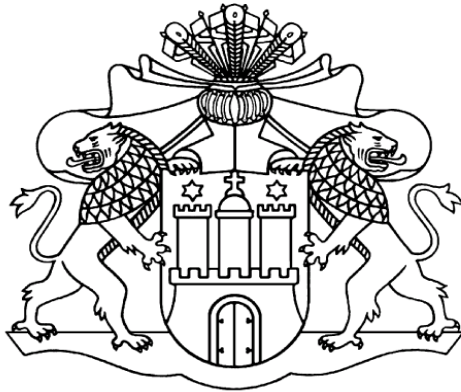


Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2007/2008

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2007/2008**

Einzelplan 2 Justizbehörde

(von der Bürgerschaft am 13.12.2006 beschlossener Haushaltsplan 2007/2008
sowie Auflistung der Änderungen und Druckfehlerberichtigungen)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 2

		Seite
Vorwort	(weißes Papier)	1 - 6
Produktinformationen	(gelbes Papier)	1 - 36
Zahlenwerk	(weißes Papier)	1 - 33
	Kontenrahmen für Dienstbezüge	34 - 37
	Kontenrahmen für Versorgung	38 - 42
Erläuterungen	(graues Papier)	1 - 10
	Erläuterungen zu den Kapiteln	
	Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
	Titelerläuterungen	
	Kapitel 2000 - Justizverwaltung -	
	Kapitel 2050 - Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -	
	Kapitel 2060 - Staatsanwaltschaften -	
	Kapitel 2110 - Ordentliche Gerichte -	
	Kapitel 2190 - Fachgerichte -	
	Kapitel 2300 - Justizvollzug -	
Anlagen		
	1 Stellenplan (blaues Papier)	} s. Einzel-
	2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	} planband
	Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	} d. Entwurfes
	3 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	
	4 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	
	5 Überleitungsplan für Bewährungshilfen	
	Liste der redaktionellen Änderungen und Druckfehlerberichtigungen (weißes Papier)	-
	Ergänzungen des Stellenplans durch die Bürgerschaft (blaues Papier)	1 - 2
	Ergänzungen der Wirtschaftspläne durch die Bürgerschaft (rosa Papier)	-

Vorwort zum Einzelplan 2

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts, des Landgerichts, des Amtsgerichts Hamburg einschließlich der Stadtteilgerichte, des Hamburgischen Obergerichts, des Verwaltungsgerichts, des Finanzgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Arbeitsgerichts, des Landessozialgerichts, des Sozialgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, der Staatsanwaltschaft Hamburg und der Justizvollzugsanstalten sowie die Aufsicht über die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter
- Entwicklung und Begleitung von justizpolitischen Konzepten und Projekten
- Stiftungsaufsicht
- Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbesondere durch den verstärkten Einsatz moderner Kommunikationsmittel
- Fortführung der Modernisierung im Justizvollzug
- Laufende Überprüfung aller Sicherheitseinrichtungen in den Justizvollzugsanstalten
- Gewährleistung differenzierter Belegungsmöglichkeiten in den unterschiedlich ausgerichteten Justizvollzugsanstalten
- Bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene
- Fortführung des Programms zur Sanierung und Modernisierung der Justizvollzugsanstalten

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2008	2007	2006	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2008:2007	2007:2006
Einnahmen	158.411	155.502	139.957	1,87	11,11
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	157.054	154.145	138.406	1,89	11,37
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	1.357	1.357	1.551	0	-12,51
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	-	-	-	-	
Ausgaben	460.845	461.936	454.791	- 0,24	1,57
Davon:					
Personalausgaben	311.593	311.168	310.806	0,14	0,12
Sach- und Fachausgaben	139.587	139.587	130.593	0,00	6,89
Investitionen	9.665	11.181	13.392	-13,56	-16,51

Die in der vorstehenden sowie in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Haushaltsdaten berücksichtigen nicht die für das Haushaltsjahr 2006 für den Einzelplan 2 beschlossenen Veränderungen, die sich aus den Beschlüssen der Bürgerschaft über die nachstehenden Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft ergeben:

Drucksache 18/2302 „Neuordnung und Neupositionierung der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung“

Drucksache 18/2754 „Errichtung einer gemeinsamen Mahngerichts der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern“

Drucksache 18/3055 Deckungskreis 10 „Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen - ohne Strafvollzugsbereich“

Drucksache 18/3419 „Haushaltsplan 2005/2006 – Änderung von Ansätzen im Haushaltsjahr 2006“

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2007 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 2
Personalausgaben	33,1	67,4
Sach- und Fachausgaben	44,6	30,2
Investitionen	11,5	2,4

**Vorwort
Einzelplan 2**

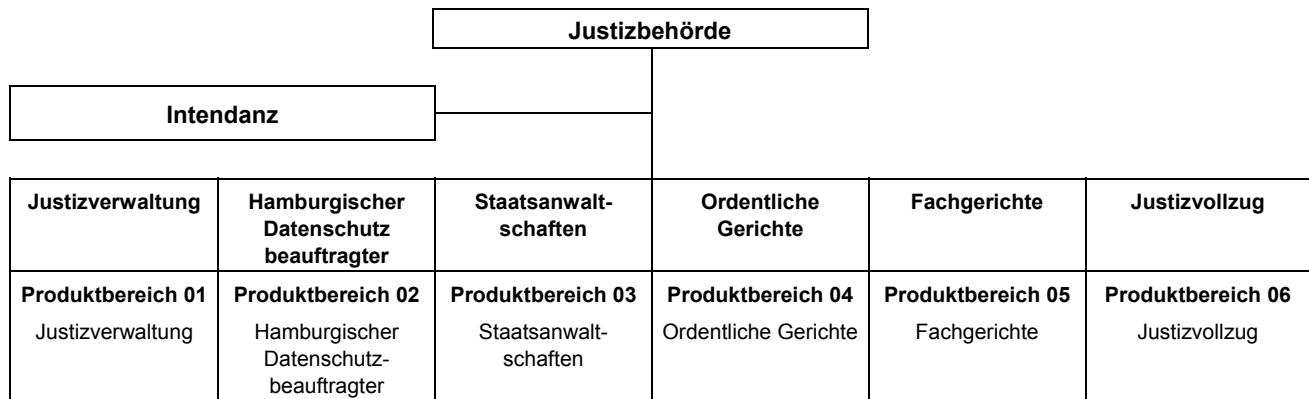
Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2008 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 2
Personalausgaben	33,0	67,6
Sach- und Fachausgaben	44,2	30,3
Investitionen	11,4	2,1

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2005				2004			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2006 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2005 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
43.454	32.494	10.959	25,22	40.245	21.568	18.677	46,41

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Justizbehörde ist wie folgt organisiert:



- Produktgruppe 01
Allgemeine Steuerung und Verwaltungsservice, Justizkassenwesen

- Produktgruppe 03
Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

- Produktgruppe 04
Staatsanwaltschaften Hamburg

Produktgruppe 05
Hanseatisches Oberlandesgericht

- Produktgruppe 08
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht

- Produktgruppe 13
Strafvollzugsamt

- Produktgruppe 02
Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung und Justizaufsicht

- Produktgruppe 06
Landgericht

- Produktgruppe 09
Verwaltungsgericht

- Produktgruppe 14
Justizvollzugsanstalten

- Produktgruppe 07
Amtsgerichte

- Produktgruppe 10
Finanzgericht

- Produktgruppe 11
Arbeitsgerichte

- Produktgruppe 12
Sozialgerichte

Im Zuge der Verwaltungsreform ist die Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz auf die Bezirksverwaltung noch im Laufe des Jahres 2006 vorgesehen. Die daraus resultierenden haushaltsmäßigen Veränderungen sind bereits im Zahlenwerk des Haushaltsplans 2007 berücksichtigt (Einzelheiten s. Anlage 5).

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 422.91, 425.91, 426.91 und 427.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2005/2006 berücksichtigten Werten aufgrund aktueller Bezügeabrechnungsdaten 12/2005; Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht.
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
- unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend,
- im Planansatz 2007 bzw. 2008 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2005/2006;
- Im Finanzplan 2005 – 2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Mittel für lineare Erhöhungen sowie für weitere Veränderungen im Bereich der Sozialversicherung für die Planjahre bis 2008 werden durch die Finanzbehörde zunächst zentral veranschlagt.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91 / 632.01) veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/3182).

Im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt werden nur die Bedarfsspitzen zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger. Die Kostenanteile (s.o.) bleiben Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2007 und 2008 werden zentral veranschlagt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Der Stellenplan des Landesbetriebes nach § 26 Abs. 1 LHO „Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand“ ist im Wirtschaftsplan (Anlage 2, rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe (Juni 2006) ohne Nachwuchskräfte.

**Vorwort
Einzelplan 2**

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Nachstehend wird noch auf folgende Besonderheiten hingewiesen:

Kapitel 2100 - Justizamt

Im Kapitel 2100 sind die im Zuge der geplanten Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz auf die Bezirksverwaltung zu übertragenden Stellen noch enthalten, da die personalvertretungsrechtlichen Verfahren bis zur Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Kapitel 2300 - Strafvollzugsamt

Im Kapitel 2300 sind im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung im Besoldungsbereich (1.518 Mio. EUR) und der Zusammenlegung von Justizvollzugsanstalten (350 Tsd. EUR) noch entsprechende Stellenstreichungen zu vollziehen, deren Konkretisierung zum Zeitpunkt der Drucklegung des Stellenplans noch nicht abgeschlossen war.

Stellenplanentwurf 2007/2008 (einschl. Landesbetrieb „Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand“)

Einzelplan Justizbehörde

Kapitel	Stellenzahl	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2007	2008	2007	2008	2007	2008
2000 Justizverwaltungsamt	268,20	1		6			
2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	15,05						
2100 Justizamt	108,36						
2110 Ordentliche Gerichte	2.186,56			1		2	
2120 Verwaltungsgerichte	126,50						
2150 Finanzgericht	42,03						
2160 Arbeitsgerichte	105,41						
2170 Sozialgerichte	146,20						
2180 Staatsanwaltschaften	528,84	2					
2300 Strafvollzug	1.728,66	1				2	
2304 Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	3,00						

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Entfällt

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 2 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht der zu den Deckungskreisen 10, 11, 12 und 14 gehörenden Titel findet sich in Anlage 3 (weißer Teil).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Justizbehörde gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO, der wie folgt veranschlagt ist:

Einrichtung	Gesamtaufwand In Tsd. EUR		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2008	2007	2008	2007
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	534	534	-	-

Wirtschaftsplan, Lagebericht und Erläuterungen finden sich in der Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

Die Bürgerschaft hat den Senat in der Drucksache 17/3369 im Zusammenhang mit der Eingabe Nr. 463/03 (Verfahrensdauer beim Sozialgericht) ersucht, denjenigen Teil der 2001 beschlossenen Stellenmehrungen, die spätestens 2005 wieder abgebaut werden sollen, über diesen Zeitpunkt hinaus zur Verfügung zu stellen. Mit dem Beschluss über den Stellenplan 2005/2006 hat die Bürgerschaft in Umsetzung dieses Ersuchens der beantragten Verlängerung der im Stellenplankapitel 2170 „Sozialgerichte“ ausgebrachten kw-Vermerke bei 5 Stellen BesGr. R 1 Richter/Richterin am Sozialgericht, 1 Stelle BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/Justizoberinspektor und 7 Stellen BesGr. A 7 Justizobersekretärin/Justizobersekretär bis zum 31.12.2006 zugestimmt. Mit dem Entwurf des Stellenplans 2007/2008 wird beantragt, diese kw-Vermerke bis zum 31.12.2010 zu verlängern.

9. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2007

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2007			
	in Tsd. EUR			
	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Sonstige: - Reduzierung der Zustellkosten		3.430		
Epl. 2.0 gesamt		3.430		

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2008

Im Haushaltsplan 2008 sind keine zusätzlichen aufgabenkritischen Maßnahmen vorgesehen.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen für den Einzelplan 2 sind in 6 Produktbereiche mit insgesamt 14 Produktgruppen gegliedert. Weitere Informationen über die ausgewählten Aufgabenfelder „Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften“ sowie „Justizvollzug“ sind im Finanzbericht 2007 dargestellt.

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Produktbereiche ergibt folgendes Bild:

Haushaltsplan 2008

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	158.411	311.593	139.587	9.665	460.845
davon entfallen auf					
Produktbereich 1	4.180	17.495	8.385	138	26.018
Produktbereich 2	64	925	182	0	1.107
Produktbereich 3	2.132	30.004	5.748	0	35.752
Produktbereich 4	145.253	140.533	93.167	1.129	234.829
Produktbereich 5	3.539	26.075	9.620	0	35.695
Produktbereich 6	3.243	96.561	22.485	8.398	127.444

**Vorwort
Einzelplan 2**

Haushaltsplan 2007

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	155.502	311.168	139.587	11.181	461.936
davon entfallen auf					
Produktbereich 1	1.271	17.483	8.385	188	26.056
Produktbereich 2	64	900	182	0	1.082
Produktbereich 3	2.132	29.987	5.748	0	35.735
Produktbereich 4	145.253	140.064	93.167	1.112	234.343
Produktbereich 5	3.539	26.224	9.620	0	35.844
Produktbereich 6	3.243	96.510	22.485	9.881	128.876

Haushaltsplan 2006 (Stand: Haushaltsbeschluss 2005/2006)

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 2	139.957	310.806	130.593	13.392	454.791
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	712	21.234	8.471	200	29.905
Produktbereich 02	64	899	247	0	1.146
Produktbereich 03	2.132	30.628	5.609	0	36.237
Produktbereich 04	130.216	137.465	86.123	1.067	224.655
Produktbereich 05	2.739	26.137	8.820	0	34.957
Produktbereich 06	4.094	94.443	21.323	12.125	127.891

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

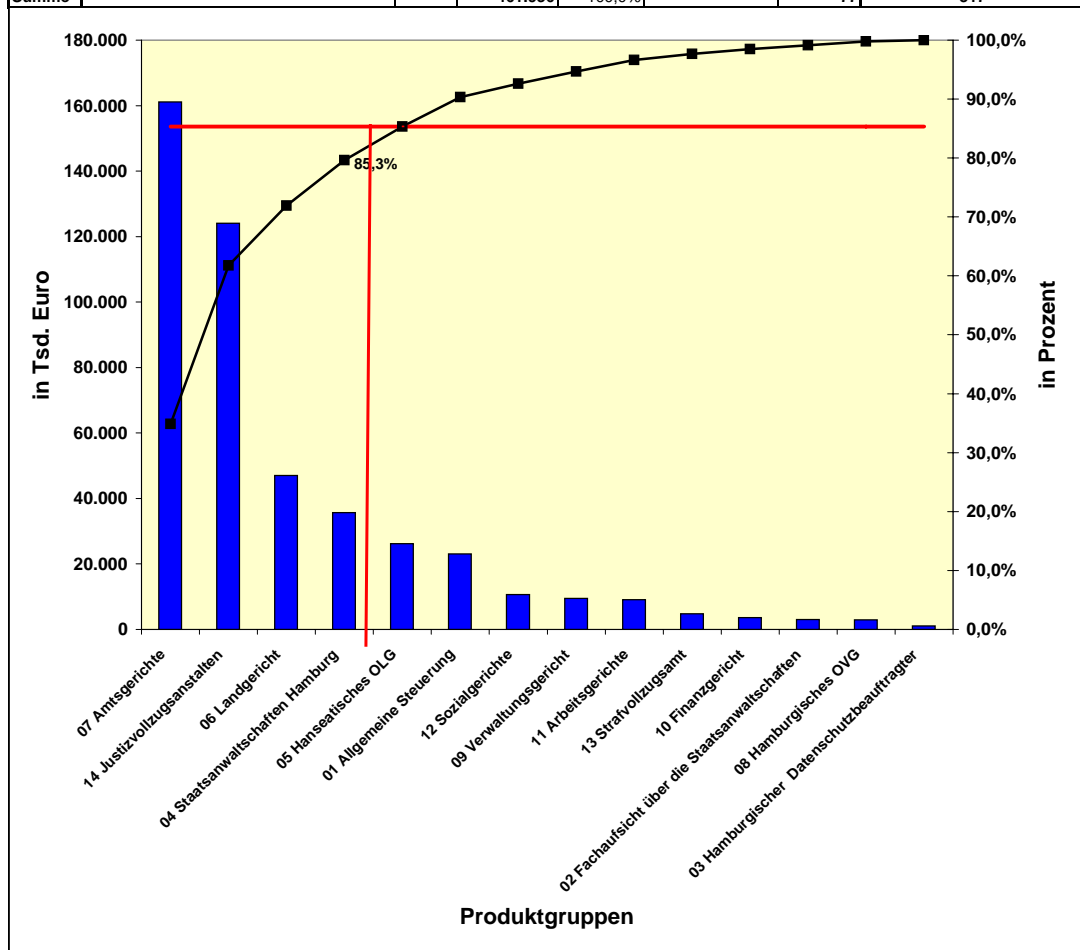
Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80 : 20 Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt
Haushaltsjahr 2007: Einzelplan 2.0 - Justizbehörde

Tabelle 1				
1	2	3	4	
			PG	PB
	Summierungsabgleich in Tsd. EUR	PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben	
1	01 Allgemeine Steuerung	01	23.052	
	02 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften		3.004	
	gesamt		26.056	26.056
	03 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	02	1.082	
	gesamt		1.082	1.082
	04 Staatsanwaltschaften Hamburg	03	35.735	
	gesamt		35.735	35.735
	05 Hanseatisches OLG	04	26.195	
	06 Landgericht	04	46.987	
	07 Amtsgerichte	04	161.161	
	gesamt		234.343	234.343
	08 Hamburgisches OVG	05	2.953	
	09 Verwaltungsgericht	05	9.494	
	10 Finanzgericht	05	3.626	
	11 Arbeitsgerichte	05	9.127	
	12 Sozialgerichte	05	10.644	
	gesamt		35.844	35.844
	13 Strafvollzugsamt	06	4.818	
	14 Justizvollzugsanstalten	06	124.058	
	gesamt		128.876	128.876
	Summe		461.936	461.936

Tabelle 2							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	2	3	4	5	6	7	8
1	07 Amtsgerichte	04	161.161	34,9%	34,9%	9	45
2	14 Justizvollzugsanstalten	06	124.058	26,9%	61,7%	3	41
3	06 Landgericht	04	46.987	10,2%	71,9%	7	20
4	04 Staatsanwaltschaften Hamburg	03	35.735	7,7%	79,7%	7	15
5	05 Hanseatisches OLG	04	26.195	5,7%	85,3%	6	31
6	01 Allgemeine Steuerung	01	23.052	5,0%	90,3%	8	14
7	12 Sozialgerichte	05	10.644	2,3%	92,6%	4	24
8	09 Verwaltungsgericht	05	9.494	2,1%	94,7%	4	22
9	11 Arbeitsgerichte	05	9.127	2,0%	96,6%	4	30
10	13 Strafvollzugsamt	06	4.818	1,0%	97,7%	3	4
11	10 Finanzgericht	05	3.626	0,8%	98,5%	6	16
12	02 Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften		3.004	0,7%	99,1%	7	26
13	08 Hamburgisches OVG	05	2.953	0,6%	99,8%	4	16
14	03 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	02	1.082	0,2%	100,0%	5	13
Summe			461.936	100,0%		77	317



Produktinformationen

Produktbereich 01: Justizverwaltung

Kapitel 2000

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹	1.022	712	712	1.271	4.180
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.022	712	712	1.271	4.180
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	29.789	28.193	29.705	25.868	25.880
• Personalausgaben in Tsd. EUR	19.976	19.722	21.234	17.483	17.495
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.813	8.471	8.471	8.385	8.385
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	69	69	69	69	69
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.648	200	200	188	138
Stellen ²	622,15	608,62	608,62	611,54	611,54

Ziele des Produktbereichs	
Z 1:	Unterstützung der Behördenleitung bei der politischen und fachlichen Steuerung.
Z 2:	Effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, Finanzmanagement.
Z 3:	Wahrnehmung der Justizaufsicht, Justizgesetzgebung und Rechtsprüfung.
Z 4:	Bereitstellung der notwendigen Service-, Führungs- und Lenkungsdienste für die Gerichte und Staatsanwaltschaften.
Produktgruppen - Überblick	
PG 1	Allgemeine Steuerung, Verwaltungsservice und Justizkassenwesen
PG 2	Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung und Justizaufsicht

Produktgruppe 01: Allgemeine Steuerung, Verwaltungsservice und Justizkassenwesen

Kapitel 2000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung	
Z 1:	Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung
Z 2:	Steigerung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vor allem durch mehr Kostentransparenz und -bewusstsein
Z 3:	Stärkung der Kunden- und Bedarfsorientierung
Z 4:	Sicherstellung des erforderlichen Personalnachwuchses mit entsprechender Qualifizierung einschließlich Prüfungswesen
Z 5:	Qualifizierung des Personals und Personalentwicklung, Verbesserung der Mitarbeiterorientierung/ Mitarbeiterzufriedenheit
Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2007 / 2008 schwerpunktmäßig verfolgt werden:	
- Effizienzsteigerung in den Intendanzbereichen der Justizbehörde, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie der Justizvollzugsanstalten	
- Intensivierung des Einsatzes moderner Kommunikationsmittel und -wege	
- Optimierung des Gebäudebestandes	

¹ Bei den in diesen Produktinformationen ausgewiesenen Haushaltsdaten sind die sich für 2006 aus den nachfolgend bezeichneten Drucksachen ergebenden Ansatzänderungen nicht berücksichtigt:
Drucksache 18/2302 „Neuordnung und Neupositionierung der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung“
Drucksache 18/2754 „Errichtung einer gemeinsamen Mahngerichts der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern“
Drucksache 18/3055 Deckungskreis 10 „Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen -ohne Strafvollzugsbereich“
Drucksache 18/3419 „Haushaltsplan 2005/2006 - Änderung von Ansätzen im Haushaltsjahr 2006“

² Einschließlich Stellen für Nachwuchskräfte

Produktbereich: 01
Justizverwaltung

<i>Produkte</i>
P 1 Personalmanagement P 2 Ressourcensteuerung P 3 Organisation P 4 IuK-technische Lösungen P 5 Recht P 6 Infrastrukturleistungen P 7 Leitungsunterstützung P 8 Justizkassenwesen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.022	712	712	1.271	4.180
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.022	712	712	1.271	4.180
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	21.438	20.045	21.548	22.864	22.874
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.716	12.630	14.049	15.391	15.401
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.722	7.415	7.499	7.473	7.473
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	69	69	69	69	69
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.648	200	200	188	138

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.042	1.060	1.042	1.036	1.043
· innerbehördlich in Tsd. EUR	856	871	856	851	857
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	186	189	186	185	186

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Einnahmebereich wird geprägt durch den Verkauf von Grundstücken (Titel 2000.131.91, 559 T€, 44%) sowie vermischte Einnahmen (Titel 2000.119.98, 500 T€, 39%)
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 11.728 T€, 51%) und den Kosten für die Inanspruchnahme von dataport (Titel 2000.671.56, 2.774 T€, 12 %)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	483,19	476,74	476,74	479,77	479,77
Anzahl der Stellen höherer Dienst bei Gerichten und Staatsanwaltschaften	896,79	894,78	894,78	879,04	879,04
Gesamtstellenzahl EPL 2, ohne Nachwuchskräfte und LHO-Betrieb	5.295,41	5.292,52	5.292,52	5.256,81	5.256,81
Anzahl der Beschäftigten EPL 2	6.819	6.600	6.600	6.600	6.600
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in %	7	6,90	6,90	6,90	6,90
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	100	100	100
Durchschnittliche Fortbildungstage je	0,80	1,30	1,30	1,30	1,30

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Beschäftigter/Beschäftigtem					
Anzahl der Betreuungseinheiten ³	577	577	577	577	577
Personalbetreuungskosten pro Betreuungseinheit in EUR ⁴	340	440	440	340	340
Davon Personalverwaltungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	303	370	370	303	303
Davon Personalentwicklungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	37	70	70	37	37

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 8: Justizkassenwesen:					
1. Forderungsmanagement⁵					
1.1. Anzahl der von den Gerichten / Staatsanwaltschaften überwiesenen Forderungen					
Eingänge	297.765	-	300.000	300.000	300.000
Erledigungen	295.070	-	300.000	300.000	300.000
1.2. Beträge der Gerichtskostenforderungen in Tsd. EUR					
Rechnungsbetrag in Tsd. EUR	118.043	-	125.000	125.000	125.000
Eingezogener Betrag in Tsd. EUR	122.817	-	125.000	125.000	125.000
1.3. Ausgewählte Einziehungs- und Vollstreckungsmaßnahmen					
Zahlungserleichterungen	6.313	-	6.400	6.400	6.400
Vollstreckungsaufträge	28.402	-	29.000	29.000	29.000
Erlass von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen	2.125	-	2.100	2.100	2.100
Inanspruchnahme von Zweitschuldnern	4.077	-	4.100	4.100	4.100
1.4. Überwachung der Zahlungsbestimmungen in Angelegenheiten der Prozesskostenhilfe					
Anzahl der eingezogene Raten	27.348	-	27.000	27.000	27.000
Eingezogene Beträge in Tsd. EUR	1.529	-	1.500	1.500	1.500
1.5. Verarbeitung der Einzahlungen					
Gesamt	554.815	-	560.000	560.000	560.000
davon manuell zugewiesen	118.302	-	120.000	120.000	120.000
Quote manuell zugewiesen in %	21,32	-	21	21	21
2. Verwahrungen					
Anzahl der Eingänge	3.417	-	3.500	3.500	3.500
Anzahl der Ausgänge	3.755	-	3.500	3.500	3.500
Bestand am Jahresende	6.819	-	6.500	6.500	6.500
3. Hinterlegungen					
Geldhinterlegungen am Jahresende	6.781	-	7.000	7.100	7.200
Geldhinterlegungen am Jahresende in Tsd. EUR	28.693	-	30.000	30.000	31.000
Werthinterlegungen am Jahresende	4.861	-	4.600	4.400	4.200
Stellen	64,50	66,50	66,50	64,50	64,50

³ Die Zahl der Betreuungseinheiten bezieht sich auf das Justizverwaltungsamt, das Justizamt sowie den Hamburgischen Datenschutzbeauftragten

⁴ Die Planzahlen 2007/2008 wurden auf Basis der Beschäftigtenzahlen für den gesamten Einzelplan 2 ermittelt.

⁵ Die produktbezogenen Kennzahlen der Justizkasse werden mit den Produktinformationen 2007/2008 erstmalig veröffentlicht; Planzahlen für das Haushaltsjahr 2005 liegen daher nicht vor.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Ausübung der Justizaufsicht und Rechtsprüfung. Z 2: Vertretung der Hamburger Interessen bei der Justizgesetzgebung Es ist beabsichtigt, die Sozialen Dienste aus der Justizbehörde zu verlagern; eine Planung für die Jahre 2007/2008 erfolgt daher unter Vorbehalt.
<i>Produkte</i>
P 1 Justizgesetzgebung P 2 Rechtsprüfung P 3 Justizaufsicht und Justizverwaltungsangelegenheiten (Entschädigungsanträge nach dem Strafrechtsänderungsgesetz, Anträge auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen), Aufsichten P 4 Stiftungsangelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.351	8.148	8.157	3.004	3.006
• Personalausgaben in Tsd. EUR	7.260	7.092	7.185	2.092	2.094
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.091	1.056	972	912	912

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	584	595	584	605	616
· innerbehördlich in Tsd. EUR	480	489	480	497	506
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	104	106	104	108	110

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Betriebsausgaben werden im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (KRD, 1.829 T€, 61%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	138,96	131,88	131,88	131,77	131,77
Davon Soziale Dienste der Justiz	107,36	107,36	107,36	100,17	100,17

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Justizgesetzgebung:					
Anzahl der betreuten Verfahren im Bundesrat und in seinem Rechtsausschuss	143	140	140	140	140
P 2: Rechtsprüfung:					
Anzahl der Rechtsprüfungen (ohne Anfragen nach Art. 18 HV)	500	850	850	600	600
Anzahl der betreuten Verfahren beim Bundesverfassungsgericht	50	60	60	60	60
P 3: Justizaufsicht und Justizverwaltungsangelegenheiten (Entschädigungsanträge nach dem Strafrechtsänderungsgesetz, Anträge auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen), Aufsichten:					
Anzahl von Entschädigungsanträgen nach dem Strafrechtsentschädigungsg	126	160	160	160	160
Anzahl von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen	269	300	300	280	280

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Anzahl von Anträgen auf Rechtshilfe in Strafsachen	292	320	320	300	300
P 4: Stiftungsangelegenheiten:					
Neu errichtete Stiftungen	49	30	40	40	40
Beaufsichtigte Stiftungen	967	900	1.007	1.047	1.087
Betreute rechtsfähige Vereine	69	75	69	69	69
Zahl der Beratungen	4.500	2.000	2.000	4.700	4.800

Produktbereich 02: Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

Kapitel 2050

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	38	64	64	64	64
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	38	64	64	64	64
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.202	1.108	1.146	1.082	1.107
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.031	861	899	900	925
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	171	247	247	182	182
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	12	0	0	0	0
Stellen	16,09	16,58	16,58	15,05	15,05

<i>Ziele des Produktbereichs</i> siehe Produktgruppe 03
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 3 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

Produktgruppe 03: Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

Kapitel 2050

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährleistung des Grundrechtes der Bürgerinnen und Bürger auf Datenschutz (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)
Z 2: Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzes bei öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen im Zuständigkeitsbereich.
Die Entwicklung wird geprägt durch die zunehmenden personenbezogenen Überwachungen und Datensammlungen sowohl im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Bereich. Die Aufsicht über die Wirtschaft führt zu einer steigenden Zahl von Eingaben und einer erhöhten Zahl der Prüfungen. Der Schwerpunkt der Beratung und Kontrollen wird im technischen Bereich liegen, insbesondere bei der Datensicherheit der eingesetzten IuK-Technik. Der Einsatz neuer Medien (z. B. Internet, E-Maildienste) und Überwachungstechniken (z.B. Videoüberwachung) erhöht den Bedarf an Beratungen und Aufsichtstätigkeiten des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten.
<i>Produkte</i>
P 1 Beratung in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen
P 2 Überwachung der datenverarbeitenden Stellen
P 3 Rechtsetzungsverfahren

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	38	64	64	64	64
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	38	64	64	64	64
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.202	1.108	1.146	1.082	1.107
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.031	861	899	900	925
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	171	247	247	182	182
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	12	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	75	72	75	77	79
· innerbehördlich in Tsd. EUR	62	59	62	63	65
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	13	13	13	14	14

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren überwiegend aus Verwaltungsgebühren (Titel 2050.111.01. 63 T€, 98 %).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 1.097 T€, 88 %)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	16,09	16,58	16,58	15,05	15,05
Anzahl der Beschäftigten	19	20	20	19	19

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Beratung in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen:					
Anzahl der Beratungen	2.658	3.000	3.000	3.000	3.000
P 2: Überwachung der datenverarbeitenden Stellen:					
Anzahl der Eingaben	647	600	600	700	700
Prüfungen	343	400	400	400	400
P 3: Rechtsetzungsverfahren:					
Stellungnahmen zu Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Richtlinien	180	100	100	100	100

Produktbereich 03: Staatsanwaltschaften

Kapitel 2060

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.510	2.132	2.132	2.132	2.132
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.510	2.132	2.132	2.132	2.132
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	36.416	35.962	36.237	35.735	35.752
• Personalausgaben in Tsd. EUR	30.701	30.353	30.628	29.987	30.004
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.715	5.609	5.609	5.748	5.748
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.094	2.100	2.100	2.100	2.100
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁶	103	0	0	0	0
Stellen	536,34	539,84	539,84	532,34	532,34

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Siehe Produktgruppe 04
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 4	Staatsanwaltschaften Hamburg

Produktgruppe 04: Staatsanwaltschaften Hamburg

Kapitel 2060

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs. Der Geschäftsanfall der Staatsanwaltschaften ist abhängig von der Entwicklung der Kriminalität und der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit.
<i>Produkte</i>	
P 1	Ermittlungsverfahren in Bekannt- und Unbekanntsachen
P 2	Ordnungswidrigkeitenverfahren
P 3	Sonstige Verfahren
P 4	Strafvollstreckung (mit Ausnahme der Jugendsachen)
P 5	Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Registratur)
P 6	Verwaltung, Justizverwaltungssachen, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Dienstaufsicht, Pressestelle der Staatsanwaltschaften
P 7	Gnadenangelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.510	2.132	2.132	2.132	2.132
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.510	2.132	2.132	2.132	2.132
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	36.416	35.962	36.237	35.735	35.752
• Personalausgaben in Tsd. EUR	30.701	30.353	30.628	29.987	30.004
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.715	5.609	5.609	5.748	5.748
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.094	2.100	2.100	2.100	2.100

⁶ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁷	103	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.572	2.549	2.572	2.582	2.591
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.113	2.094	2.113	2.121	2.128
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	459	455	459	461	463

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus den Einnahmen der zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung (Titel 2060.119.09, 2.000 T€, 94 %).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 28.901 T€, 81%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	536,34	539,84	539,84	532,34	532,34
Staatsanwälte	179	178	178	176	176
übriges Personal	357,34	361,84	361,84	356,34	356,34

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Ermittlungsverfahren in Bekannt- und Unbekanntssachen:					
1. Bekanntssachen					
Eingänge	156.746	170.000	175.000	160.000	160.000
Erledigungen	182.305	170.000	175.000	160.000	160.000
2. Unbekanntssachen					
Eingänge	148.531	170.000	175.000	150.000	150.000
P 2: Ordnungswidrigkeitenverfahren:					
Eingänge	10.922	11.000	11.000	11.000	11.000
P 3: Sonstige Verfahren:					
Eingänge	1.248	2.300	2.300	1.300	1.300
P 4: Strafvollstreckung (mit Ausnahme der Jugendsachen):					
Zahl der Personen, gegen die Strafvollstreckung eingeleitet wurde	24.463	25.000	25.000	25.000	25.000
Revisionen und Rechtsbeschwerden					
Eingänge	499	500	500	550	550
Haftprüfungsverfahren					
Eingänge	80	120	120	100	100
Sonstige Verfahren (Auslieferungs- und Durchlieferungssachen, Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland, Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen sowie Staats- und Anwälte etc.)					
Eingänge	3.060	2.700	2.700	3.000	3.000
P 7: Gnadenangelegenheiten:					
Anzahl zu bearbeitender Gnadensachen	696	1.000	1.000	700	700

⁷ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	148.252	130.216	130.216	145.253	145.253
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	148.252	130.216	130.216	145.253	145.253
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	233.653	220.647	223.588	233.231	233.700
• Personalausgaben in Tsd. EUR	138.781	136.493	137.465	140.064	140.533
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	94.872	84.154	86.123	93.167	93.167
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	65.781	57.679	58.079	66.079	66.079
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁸	1.141	1.749	1.067	1.112	1.129
Stellen	2.208,63	2.209,89	2.209,89	2.190,08	2.190,08

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2:	Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Z 3:	Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Sicherstellung der Strafverfolgung
Z 4:	Gewährleistung der Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
Z 5:	Gewährleistung von Serviceleistungen und Verbesserung der Abläufe durch organisatorische und IuK-technische Maßnahmen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 5	Hanseatisches Oberlandesgericht
PG 6	Landgericht
PG 7	Amtsgerichte

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2:	Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung auf dem Sektor des Zivil- und Familienrechts, des Strafrechts sowie in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Z 3:	Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
<p>Der Geschäftsanfall des Hanseatischen Oberlandesgericht ist abhängig von der Anzahl der eingelegten Rechtsmittel in den Vorinstanzen, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.</p>	
<i>Produkte</i>	
P 1	Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen, einstweiliger Rechtsschutz (Arreste pp.) sowie Rechtsmittelverfahren wegen der Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden
P 2	Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren (einschl. Strafvollstreckungs- und Strafvollzugssachen sowie Auslieferungssachen) sowie Steuerbevollmächtigten- und Steuerberatersachen
P 3	Rechtsschutz in Rechtsmittelverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
P 4	Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
P 5	Justizverwaltungsangelegenheiten (insbes. Verfahren nach § 10 Abs. 2 EheG und § 23 EGGVG)

⁸ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

P 6 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (Bibliothek, Annahmestelle, Registratur, IuK-Technik und Schreibdienste)
P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leistungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	424	628	628	628	628
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	424	628	628	628	628
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	25.271	25.870	25.702	26.195	26.275
• Personalausgaben in Tsd. EUR	23.518	23.484	23.316	23.766	23.846
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.753	2.386	2.386	2.429	2.429
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	563	558	583	609	609
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁹	80	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.972	1.972	1.972	1.959	1.975
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.620	1.620	1.620	1.609	1.622
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	352	352	352	350	353

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen von Kosten durch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein für die Abhaltung der großen juristischen Staatsprüfung (Titel 2110.232.01, 527 T€, 84%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 20.235 T€, 77%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ¹⁰	162,81	164,67	164,67	156,04	156,04
Richterinnen und Richter	70	70	70	66	66
Davon: Richter (Ausbildung)	14	14	14	12	12
Davon: Richter (Verfahren)	56	56	56	54	54
Nichtrichterliches Personal	92,81	94,67	94,67	90,04	90,04
Davon: Nichtrichterliches Personal (Ausbildung)	19	21,50	21,50	18	18
Davon: Nichtrichterliches Personal (Verfahren)	73,81	73,17	73,17	72,04	72,04
Stellen für Nachwuchskräfte (Referendare)	700	700	700	700	700
Anzahl der beschäftigten Referendarinnen/Referendare ¹¹	698	700	700	700	700
Anzahl der Betreuungseinheiten ¹²	2.301	2.300	2.300	2.300	2.300
Personalbetreuungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	362	362	362	362	362
Davon Personalverwaltungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	316	316	316	316	316
Davon Personalentwicklungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	46	46	46	46	46

⁹ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

¹⁰ ohne Referendare

¹¹ Stichtag für die Erhebung der tatsächlich beschäftigten Referendare ist jeweils der 31.12. des Jahres

¹² Die Zahl der Betreuungseinheiten bezieht sich auf das Hanseatische Oberlandesgericht, das Landgericht, die Fachgerichte und die Staatsanwaltschaften.

Produktbereich: 04
Ordentliche Gerichte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen, einstweiliger Rechtsschutz (Arreste pp.) sowie Rechtsmittelverfahren wegen der Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden:					
1. Rechtsschutz in Zivilsachen					
Berufungen					
Eingänge	2.063	2.000	2.100	2.100	2.100
Erledigungen	2.078	2.100	2.100	2.100	2.100
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	10,10	10	10	9,80	9,70
Beschwerden					
Eingänge Beschwerden	1.493	1.300	1.300	1.500	1.500
2. Rechtsschutz in Familiensachen					
Berufungen und Beschwerden (UF-Sachen) ¹³					
Eingänge	471	500	500	500	500
Erledigungen	492	500	500	500	500
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	8,90	9	9	8,80	8,70
Beschwerden (WF-Sachen) ¹⁴					
Eingänge	564	650	650	650	650
Erledigungen	557	650	650	650	650
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	1,60	2	2	2	2
P 2: Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren (einschl. Strafvollstreckungs- und Strafvollzugssachen sowie Auslieferungssachen) sowie Steuerbevollmächtigten- und Steuerberatersachen:					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	0	3	3	2	2
Erledigungen	1	3	3	2	2
2. Revisionen					
Eingänge	251	200	200	200	200
Erledigungen	241	200	200	200	200
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	1	1	1	1
3. Bußgeldverfahren (Beschwerden)					
Eingänge	140	100	100	100	100
Erledigungen	135	135	100	100	100
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	1	1	1	1
4. sonstige Beschwerden					
Eingänge	1.031	1.000	1.000	1.000	1.000
P 4: Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses:					
Anzahl erfolgreicher Abschlüsse (Große Jur. Staatsprüfung) im Verhältnis zu den abgelegten Prüfungen insgesamt in %	90	90	90	90	90

Produktgruppe 06: Landgericht

Kapitel 2110

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Strafverfahren sowie Teilaspekte der Strafvollstreckung
Der Geschäftsanfall des Landgerichts ist abhängig von der Anzahl der eingelegten Rechtsmittel in den Vorinstanzen, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.

¹³ UF-Sachen = Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen

¹⁴ WF-Sachen = Sonstige Beschwerden in Familiensachen

<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen erst- und zweitinstanzlicher Verfahren (u.a. Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren, Familien- und Baulandsachen sowie weitere Zuständigkeiten)
P 2 Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren einschließlich Bewährungsaufsicht, Sicherungs-, Nach- und Objektive Verfahren, Steuerberatungs- und Steuerbevollmächtigtensachen
P 3 Rechtsschutz in Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuungs-, Pflegschafts- u. Beistandschaftssachen, Personenstatussachen, Nachlasssachen, Wohnungseigentums-, Register- und Notarsachen)
P 4 Strafvollstreckungsverfahren und Strafvollzugsstreitigkeiten
P 5 Justizverwaltungsangelegenheiten (Notaraufsicht, Vereidigungen, Akteneinsicht für Dritte, Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland, Apostillen und Legalisationen)
P 6 Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (Iuk-Technik, Vorschalt- und Verteilerstelle, Generalregister, Archiv, Hausrecht)
P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leistungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	306	251	251	251	251
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	306	251	251	251	251
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	45.407	43.742	45.525	46.987	47.095
• Personalausgaben in Tsd. EUR	31.860	31.773	31.587	32.196	32.304
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	13.547	11.969	13.938	14.791	14.791
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	9.690	8.645	8.728	9.510	9.510
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁵	50	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.669	2.669	2.669	2.654	2.676
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.192	2.192	2.192	2.180	2.198
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	477	477	477	474	478

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren aus Verwaltungsgebühren (Titel 2110.111.01, 250 T€, 100%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 27.362 T€, 58 %) und den Auslagen in Rechtssachen (2110.526.01, 9.241 T€, 20%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	510,41	511,92	511,92	509,30	509,30
Richterinnen und Richter	209,79	209,79	209,79	209,79	209,79
nichtrichterliches Personal	300,62	302,13	302,13	299,51	299,51

¹⁵ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 04
Ordentliche Gerichte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Rechtsschutz in Zivilsachen erst- und zweitinstanzlicher Verfahren (u.a. Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren, Familien- und Baulandsachen sowie weitere Zuständigkeiten):					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	18.349	17.500	17.500	19.000	19.500
Erledigungen	17.859	16.500	16.500	18.000	18.500
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten ¹⁶	6,80	7	7	7	7
2. Berufungen					
Eingänge	2.043	2.300	2.300	2.100	2.100
Erledigungen	2.165	2.300	2.300	2.100	2.100
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	5,50	6	6	5,50	5,50
3. Beschwerden					
Eingänge	3.095	3.000	3.000	3.000	3.000
P 2: Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren einschließlich Bewährungsaufsicht, Sicherungs-, Nach- und Objektive Verfahren, Steuerberatungs- und Steuerbevollmächtigten sachen:					
1. Erstinstanzliche Sachen					
Eingänge	447	450	450	450	450
Erledigungen	434	450	450	450	450
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	6	6	6	6
2. Berufungen					
Eingänge	2.130	2.000	2.000	2.100	2.100
Erledigungen	2.204	2.000	2.000	2.200	2.200
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	5	5	5	5
3. Beschwerden					
Eingänge	2.168	2.200	2.200	2.200	2.200

Produktgruppe 07: Amtsgerichte

Kapitel 2110

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtssprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Z 3: Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs
Z 4: Wahrnehmung der Strafverfolgung
Der Geschäftsanfall der Amtsgerichte ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen, Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügungen), Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden
P 2 Rechtsschutz in Familiensachen
P 3 Rechtsschutz in Straf-, Haft- und Bußgeldverfahren, Sicherungsverfahren, Nachverfahren, Objektiven Verfahren
P 4 Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuungs-, Pflugschafts- und Beistandschaftssachen, Personenstatusverfahren und Nachlasssachen)
P 5 Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs, Wohnungseigentumssachen (ebenfalls Freiwillige Gerichtsbarkeit)

¹⁶ Ohne Kammern für Handelssachen.

- P 6 Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche (Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren einschließlich Verteilungs- und seerechtliches Verteilungsverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen der Gerichtsvollzieher)
- P 7 Justizverwaltungsangelegenheiten (Hinterlegungssachen, Zulassung und Aufsicht über Rechtsbeistände, Feststellungserklärungen, Akteneinsicht für Dritte, Erteilung weiterer Ausfertigungen von notariellen Urkunden, Apostillen und Legalisationen)
- P 8 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Ausbildung des einfachen, mittleren und gehobenen Justizdienstes, Telefonzentrale für die Behörden Neustadt, Gemeinsame Annahmestelle, Bibliotheken)
- P 9 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leistungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	147.522	129.337	129.337	144.374	144.374
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	147.522	129.337	129.337	144.374	144.374
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	162.975	151.035	152.361	160.049	160.330
• Personalausgaben in Tsd. EUR	83.403	81.236	82.562	84.102	84.383
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	79.572	69.799	69.799	75.947	75.947
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	55.528	48.476	48.768	55.960	55.960
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁷	1.011	1.749	1.067	1.112	1.129

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	6.905	6.824	6.905	6.935	6.993
· innerbehördlich in Tsd. EUR	5.672	5.605	5.672	5.697	5.744
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	1.233	1.219	1.233	1.238	1.249

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2110.111.51, 96.500 T€, 67%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 70.765 T€, 44%), den Auslagen in Rechtssachen (Titel 2110.526.01, 27.614 T€, 17 %) sowie den Kosten in Betreuungssachen (Titel 2110.526.03, 19.000 T€, rd. 12%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	1.535,41	1.533,30	1.533,30	1.524,74	1.524,74
Richterinnen und Richter	252	253	253	249,25	249,25
nichtrichterliches Personal	1.283,41	1.280,30	1.280,30	1.275,48	1.275,48
Anzahl der Betreuungseinheiten	2.222	2.220	2.220	2.220	2.220
Personalbetreuungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	283	283	283	283	283
Davon Personalverwaltungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	251	251	251	251	251
Davon Personalentwicklungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	32	32	32	32	32

¹⁷ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 04
Ordentliche Gerichte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Rechtsschutz in Zivilsachen, Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügungen), Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden:					
1. Mahnsachen					
Eingänge	742.297	640.000	640.000	760.000	760.000
2. Zivilsachen					
Eingänge	45.991	48.700	48.700	48.700	48.700
Erledigungen	52.828	48.000	48.000	48.000	48.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	5	5	5	5
Beschäftigungsvolumen zu 1 und 2 ¹⁸	250	202	202	250	250
P 2: Rechtsschutz in Familiensachen:					
Eingänge	14.544	13.500	13.500	14.500	14.500
Erledigungen	14.677	13.500	13.500	14.500	14.500
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	10,40	11,50	11,50	11	11
Beschäftigungsvolumen	116	97	97	116	116
P 3: Rechtsschutz in Straf-, Haft- und Bußgeldverfahren, Sicherungsverfahren, Nachverfahren, Objektiven Verfahren:					
1. Strafsachen					
Eingänge	23.106	25.000	25.000	25.000	25.000
Erledigungen	26.596	25.000	25.000	25.000	25.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	5	5	5	5
2. Bußgeldsachen					
Eingänge	10.926	7.200	7.200	10.000	10.000
Erledigungen	10.473	7.200	7.200	10.000	10.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	2,50	2,50	2,50	2,50
Beschäftigungsvolumen zu 1 und 2	245	202	202	245	245
P 4: Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuungs-, Pfllegschafts- und Beistandschaftssachen, Personenstatusverfahren und Nachlasssachen):					
1. Vormundschaft					
am Jahresende anhängige Betreuungen	24.254	20.000	20.000	26.500	27.000
am Jahresende anhängige Vormundschaften	2.079	2.100	2.100	2.100	2.100
am Jahresende anhängige Pfllegschaften und Beistandschaften	1.707	800	800	1.500	1.500
Unterbringungsverfahren	-	3.700	3.700	3.700	3.700
Sonst. FGG-Angelegenheiten, Beurkundungen pp.	13.452	17.000	17.000	15.000	15.000
Beschäftigungsvolumen	87	75	75	87	87
2. Nachlass					
Nachlass- und Teilungssachen	10.724	12.000	13.500	12.000	12.000
Beschäftigungsvolumen	50	42	42	50	50
P 5: Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs, Wohnungseigentumssachen (ebenfalls Freiwillige Gerichtsbarkeit):					
1. Grundbuch					
Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht	20.771	20.000	20.000	20.000	20.000
Eintragungen und Löschungen Abt. II und III	52.832	53.000	53.000	53.000	53.000
Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	1.129	6.000	6.000	3.000	3.000
Beschäftigungsvolumen	78	60	60	78	78
2. Registersachen					

¹⁸ Bei dem Beschäftigungsvolumen handelt es sich um die auf Vollzeitkräfte umgerechnete Anzahl der in den einzelnen Verfahrensbereichen über das Jahr tatsächlich eingesetzten Arbeitskräfte. Die höheren Werte sind durch einen veränderten Ansatz in der Steuerung begründet. Das Beschäftigungsvolumen enthält jetzt wieder die Abwesenheitszeiten (wie z.B. Urlaub und Krankheit).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
am Jahresende eingetragene Firmen	40.952	60.000	60.000	50.000	50.000
am Jahresende eingetragene Vereine	10.222	10.000	10.000	10.000	10.000
am Jahresende eingetragene Schiffe u. Schiffsbauwerke	6.407	6.000	6.000	6.500	6.500
Beschäftigungsvolumen	49	45	45	49	49
P 6: Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche (Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren einschließlich Verteilungs- und seerechtliches Verteilungsverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen der Gerichtsvollzieher:					
Anträge auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	2.257	2.300	2.300	2.300	2.300
Anträge auf Eröffnung des Verbraucher-/ Kleininsolvenzverfahrens	2.300	1.700	1.900	2.300	2.300
Anträge auf Zwangsversteigerungs- und -verwaltungssachen	1.756	1.300	1.300	1.700	1.700
Sonst. Vollstreckungssachen	77.037	74.000	74.000	74.000	74.000
Gerichtsvollzieheraufträge	199.611	211.000	211.000	205.000	205.000
Beschäftigungsvolumen	255	205	205	255	255
Rechtshilfesachen ¹⁹	-	10.000	10.000	10.000	10.000

¹⁹ Diese Aufgaben werden in allen Verfahrensbereichen mit unterschiedlichen Anteilen wahrgenommen, so dass eine differenzierte Darstellung nicht möglich ist.

Produktbereich 05: Fachgerichte

Kapitel 2190

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.384	2.739	2.739	3.539	3.539
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.384	2.739	2.739	3.539	3.539
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	35.012	34.666	34.957	35.844	35.695
• Personalausgaben in Tsd. EUR	26.208	25.846	26.137	26.224	26.075
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.804	8.820	8.820	9.620	9.620
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	5.075	4.205	4.415	5.216	5.216
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁰	162	0	0	0	0
Stellen	425,54	427,33	427,33	421,14	421,14

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2:	Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 8	Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht
PG 9	Verwaltungsgericht
PG 10	Finanzgericht
PG 11	Arbeitsgerichte
PG 12	Sozialgerichte

Produktgruppe 08: Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht

Kapitel 2190

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2:	Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
Das Hamburgische Obergerverwaltungsgericht (HOVG) ist die Rechtsmittelinstanz für die verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie in Heilberufs- und Disziplinarangelegenheiten.	
Ferner ist es erstinstanzliches Gericht für Verfahren nach § 48 VwGO (z.B. Großverfahren, Vereinsverbote) sowie für Normenkontrollverfahren.	
Der Geschäftsanfall ist abhängig von der Intensität des Verwaltungshandelns der Behörden, der Anzahl der eingelegten Rechtsmittel in der Vorinstanz sowie in Asylsachen auch von den politischen Entwicklungen.	
<i>Produkte</i>	
P 1	Rechtsschutz in allgemeinen Sachen
P 2	Rechtsschutz in Asylsachen
P 3	Serviceleistungen (Bibliothek, Asyldokumentation, Beratungen, Juristische Datenbank VERIS, Tätigkeiten in anderen Gerichten, z.B. Senat für Baulandsachen beim Hans. Oberlandesgericht)
P 4	Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

²⁰ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	247	5	9	188	188
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	247	5	9	188	188
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.998	2.945	2.950	2.953	2.939
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.548	2.528	2.543	2.551	2.537
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	450	417	407	402	402
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	10	11	27	31	31
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²¹	28	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	214	212	214	214	215
· innerbehördlich in Tsd. EUR	176	174	176	176	177
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	38	38	38	38	38

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren aus Gerichtskosten (Titel 111.51, 188 T€, 100%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 2.388 T€, 81%) sowie Mieten und Pachten (Titel 2190.518.69, 215 T€, 7%)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ²²	35,50	35,04	35,04	33	33
Richter	19	19	19	16,50	16,50
nichtrichterliches Personal	16,50	16,04	16,04	16,50	16,50

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen:					
1. Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren					
Eingänge	5	20	20	10	10
Erledigungen	6	20	20	10	10
2. Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren					
Allgemeine Verfahren					
Eingänge	381	450	450	400	400
Erledigungen	385	400	400	400	400
3. Beschwerden und Anträge auf Zulassung der Beschwerden in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes					
Allgemeine Verfahren					
Eingänge	436	650	650	450	450
Erledigungen	483	600	600	450	450
4. Numerus-clausus-Verfahren					
Eingänge	181	150	150	200	200
Erledigungen ²³	425	150	150	200	200

²¹ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

²² Eine R3-Stelle des Oberverwaltungsgerichtes wird vom Finanzgericht genutzt.

²³ Die Abweichung beruht auf dem Eingang einer größeren Zahl Verfahren vom Verwaltungsgericht Ende 2004, die Anfang 2005 erledigt wurde

Produktbereich: 05
Fachgerichte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen:					
Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren					
Eingänge	152	150	150	150	150
Erledigungen	148	150	150	150	150

Produktgruppe 09: Verwaltungsgericht

Kapitel 2190

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit auch durch Leitentscheidungen für die Verwaltung Das Verwaltungsgericht gewährleistet Rechtsschutz in sog. allgemeinen Sachen und in Asylsachen. Der Geschäftsanfall ist abhängig von der Intensität des Verwaltungshandelns der Behörden sowie in Asylsachen auch von den politischen Entwicklungen.
Produkte
P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen (einschl. Baulandsachen und Prozesskostenhilfe) P 2 Rechtsschutz in Asylsachen P 3 Serviceleistungen (Beratungen, Auskünfte, Juristische Datenbank VERIS, Asyldokumentation, Rechtsprechungskartei, Tätigkeit in anderen Gerichten z. B. in der Baulandkammer des Landgerichts Hamburg) P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	980	594	728	775	775
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	980	594	728	775	775
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.562	9.347	9.436	9.494	9.450
• Personalausgaben in Tsd. EUR	7.782	7.724	7.771	7.797	7.753
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.780	1.623	1.665	1.697	1.697
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	186	189	306	360	360
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁴	24	0	0	0	0

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	656	649	656	655	656
• innerbehördlich in Tsd. EUR	539	533	539	538	539
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	117	116	117	117	117

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 753 T€, 97%). Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 7.278 T€, 77%) sowie Mieten und Pachten (Titel 2190.518.69, 863 T€, 9%)

²⁴ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	105,90	113,23	113,23	93,50	93,50
Richterinnen und Richter	64	64	64	53	53
nichtrichterliches Personal	41,90	49,23	49,23	40,50	40,50

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen (einschl. Baulandsachen und Prozesskostenhilfe):					
1. Klagverfahren					
Eingänge	3.455	3.100	3.100	3.500	3.500
Erledigungen	4.452	3.100	3.100	3.500	3.500
Eingänge je Richterin/Richter	-	146	146	150	150
Erledigungen je Richterin/Richter	-	146	146	150	150
2. Eilverfahren					
Eingänge ²⁵	1.114	2.600	2.600	1.300	1.300
Erledigungen	1.247	2.600	2.600	1.300	1.300
Eingänge je Richterin/Richter	-	142	142	150	150
Erledigungen je Richterin/Richter	-	142	142	150	150
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen:					
1. Klagverfahren					
Eingänge	1.038	1.500	1.500	1.200	1.200
Erledigungen	1.821	1.500	1.500	1.200	1.200
Eingänge je Richterin/Richter	-	129	129	139	139
Erledigungen je Richterin/Richter	-	129	129	150	150
2. Eilverfahren					
Eingänge	219	500	500	280	280
Erledigungen	275	500	500	280	280
Eingänge je Richterin/Richter	-	150	150	150	150
Erledigungen je Richterin/Richter	-	150	150	150	150

Produktgruppe 10: Finanzgericht

Kapitel 2190

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Steuersachen sämtlicher Hamburger Finanzämter
P 2 Rechtsschutz in Zoll- und Verbrauchssteuerrechtssachen sowie in Sachen des Marktordnungsrechts für den Bereich der Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
P 3 Rechtsschutz auf dem Gebiet der Verfahren nach dem Steuerberatungsgesetz
P 4 Rechtsschutz in Kindergeldsachen
P 5 Serviceleistungen (Bibliothek)
P 6 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personal, Sachmittel, Organisation)

²⁵ Die Zahl der Eingänge hat sich wegen der Abgabe der Sozialhilfverfahren an das Sozialgericht Hamburg deutlich verringern.

Produktbereich: 05
Fachgerichte

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	740	481	557	695	695
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	740	481	557	695	695
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.683	3.619	3.604	3.626	3.608
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.045	3.019	3.031	3.041	3.023
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	638	600	573	585	585
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	38	35	28	33	33
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁶	41	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	257	253	257	256	256
· innerbehördlich in Tsd. EUR	211	208	211	210	210
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	46	45	46	46	46

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen bestehen aus den Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 487 T€, 70%) und der Kostenerstattung durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für den gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchssteuern (Titel 2190.232.01, 180 T€, 27%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 2.844, 78%) und Mieten und Pachten (Titel 2190.518.69, 351 T€, 10%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	42,53	41,39	41,39	42,03	42,03
Richterinnen und Richter ²⁷	21	21	21	20,50	20,50
nichtrichterliches Personal	21,53	20,39	20,39	21,53	21,53
1. Klagverfahren					
Eingänge	1.481	2.200	2.200	1.800	1.800
Erledigungen	2.099	2.200	2.200	1.800	1.800
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	18	17	16	15
2. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz					
Eingänge	272	400	400	300	300
Erledigungen	317	400	400	300	300
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	4,50	4,50	4	3
Eingänge je Richterin/Richter (Nr. 1. u. 2.)	-	119	119	109	109
Erledigungen je Richterin/Richter (Nr. 1. u. 2.)	-	119	119	109	109
3. Sonstige Verfahren					
Kostensachen	29	50	50	30	30
Sonstige selbständige Verfahren	39	40	40	40	40

²⁶ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

²⁷ Eine R3-Stelle des Oberverwaltungsgerichtes wird vom Finanzgericht genutzt.

Produktgruppe 11: Arbeitsgerichte

Kapitel 2190

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
 Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
 Die Arbeitsgerichte gewährleisten den Rechtsschutz auf dem Gebiet des Arbeitsrechts. Der Geschäftsanfall des Arbeitsgerichts ist überwiegend von der Arbeitsmarktlage abhängig.

Produkte

P 1 Erinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen
 P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen
 P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leistungsunterstützung
 P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik; Bibliothek und Dokumentationsstelle)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.003	829	1.032	781	781
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.003	829	1.032	781	781
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.240	9.127	8.842	9.127	9.091
• Personalausgaben in Tsd. EUR	6.348	6.207	6.325	6.346	6.310
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.892	2.920	2.517	2.781	2.781
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.802	1.720	1.428	1.681	1.681

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	527	521	527	533	534
· innerbehördlich in Tsd. EUR	433	428	433	438	439
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	94	93	94	95	95

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 773 T€, 99%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 5.854 T€, 64%) und den Auslagen in Rechtssachen (Titel 2190.526.01, 1.584 T€, 17%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	106,41	107,23	107,23	105,41	105,41
Stellen Arbeitsgericht	86,91	86,23	86,23	85,91	85,91
Richterinnen und Richter	26	26	26	25	25
nichtrichterliches Personal	60,91	60,23	60,23	60,91	60,91
Stellen Landesarbeitsgericht	19,50	21	21	19,50	19,50
Richterinnen und Richter	8	8	8	8	8
nichtrichterliches Personal	11,50	13	13	11,50	11,50

Produktbereich: 05
Fachgerichte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen:					
Klageeingänge	13.701	16.000	16.000	14.000	14.000
Erledigte Klagen	14.820	16.000	16.000	14.000	14.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,40	4,90	4,90	4,50	4,50
Erledigte Verfahren pro Richter/in	633	616	616	616	616
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, Arreste	414	450	450	420	420
Erledigte Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz, Arreste	416	450	450	420	420
Anträge im Beschlussverfahren	642	500	500	600	600
Ergangene Beschlüsse	562	480	480	600	600
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,74	5	5	4,70	4,70
Streitbeendende Erledigungen in erster Instanz (in Prozent)	95	95	95	95	95
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen:					
Berufungseingänge	807	760	760	780	780
Erledigte Berufungen	797	700	700	780	780
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	6,60	7	7	6,50	6,50
Beschwerden in Beschlussachen	60	80	80	60	60
Erledigte Beschwerden in Beschlussachen	52	75	75	55	55
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3	6	6	3	3
Eingänge von sonstigen Beschwerden	201	180	180	200	200
Erledigte sonstige Beschwerden	205	180	180	200	200
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2,60	2	2	2,50	2,50
Erledigte Verfahren pro Richter/in	132	130	130	130	130

Produktgruppe 12: Sozialgerichte

Kapitel 2190

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
<p>Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz</p> <p>Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen</p> <p>Die Sozialgerichte entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung (einschließlich Pflegeversicherung und Kassenarztrecht), der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit sowie des sozialen Entschädigungsrechts und seit dem 1.1.2005 auch über Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes (sog. Hartz IV Gesetze). In diesen neuen Zuständigkeitsbereichen sind im Jahr 2005 beim Sozialgericht insgesamt 2431 Verfahren eingegangen, davon 1384 Eilverfahren. Beim Landessozialgericht sind 163 Beschwerden in Eilverfahren und 5 Berufungen eingegangen.</p> <p>Für die Zukunft ist hier eine deutliche Eingangssteigerung zu erwarten. Selbst wenn die prognostizierten Eingänge nur auf dem Niveau der durchschnittlichen Eingänge des 2. Halbjahres 2005 blieben, würde sich allein beim Sozialgericht eine Eingangssteigerung um rund 900 Verfahren ergeben. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Arbeit der ARGE sich verstetigt und dass die ARGE verschiedene bisher noch nicht im Vordergrund stehende Themen mit hohem Streitpotential aufgreifen wird. Diese Umstände werden entsprechend auf das Landessozialgericht durchschlagen.</p> <p>Bis zum 30.9.2005 sind 2240 Klagen von den in den USA und Kanada lebenden Überlebenden der nationalsozialistischen Ghettos nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) beim Sozialgericht Hamburg erhoben worden. Ende Dezember 2005 waren noch 1950 Klagen anhängig. Diese Verfahren sind wegen der über 60 Jahre zurückliegenden Verfolgungsschicksale und der damit verbundenen schwierigen Ermittlungen sehr arbeitsaufwändig.</p> <p>Das Sozialgericht hat seine Bestände in den Jahren 2004 und 2005 um weitere 1000 Verfahren abgebaut.</p> <p>Das Landessozialgericht hat seine Bestände (Berufungen) in den Jahren 2004 und 2005 um 216 Verfahren abgebaut.</p>
Produkte
P 1 Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen

P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen
P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung
P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IuK-Technik, Bibliothek, Ausbildung von Referendaren und Betreuung von Praktikanten, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.414	830	413	1.100	1.100
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.414	830	413	1.100	1.100
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.529	9.628	10.125	10.644	10.607
• Personalausgaben in Tsd. EUR	6.485	6.368	6.467	6.489	6.452
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.044	3.260	3.658	4.155	4.155
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.039	2.250	2.626	3.111	3.111
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁸	69	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	541	535	541	545	547
· innerbehördlich in Tsd. EUR	444	439	444	448	449
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	97	96	97	97	98

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 1.100 T€, 100%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 6.002 T€, 56%) und den Auslagen in Rechtssachen (Titel 2190.526.01, 3.029 T€, 28%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	135,20	130,44	130,44	147,20	147,20
Stellen Sozialgericht	98,70	95,44	95,44	108,70	108,70
Richterinnen und Richter	31	31	31	39	39
nichtrichterliches Personal	67,70	64,44	64,44	69,70	69,70
Stellen Landessozialgericht	36,50	35	35	38,50	38,50
Richterinnen und Richter	9	9	9	11	11
nichtrichterliches Personal	27,50	26	26	27,50	27,50

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen:					
Klagegänge	7.707	7.602	7.602	8.503	8.503
Erledigte Klagen ²⁹	8.596	8.850	8.850	8.503	8.503
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten ³⁰	10,70	15	15	15	15
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz	1.747	430	430	2.517	2.517
Erledigungen	1.702	430	430	2.517	2.517
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	0,90	3	3	0,70	0,70
Streitbeendende Erledigungen in erster Instanz (in	93,70	93	92	93,50	93,20

²⁸ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 07 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

²⁹ Wegen zu erwartender Vakanzen wird bei der Planung ein Richter/Ist von 38,0 zu Grunde gelegt. Bei den prognostizierten Erledigungen pro Richter wurde berücksichtigt, dass die Bearbeitung der ZRBG Verfahren besonders aufwändig ist.

³⁰ Die Berechnung der durchschnittlichen Verfahrensdauer entspricht den Vorgaben für die Bundesstatistik

Produktbereich: 05
Fachgerichte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Prozent)					
Durchschnittlicher Geschäftsanfall pro Richter/in (Klagen und einstweiliger Rechtsschutz)	257	343	343	290	290
Erledigte Verfahren pro Richter/in (Klagen und einstweiliger Rechtsschutz)	281	334	334	290	300
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen:					
Berufungseingänge ³¹	536	596	596	600	600
Erledigte Berufungen ³²	571	602	602	600	600
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	17,30	21	21	17,30	17,30
Durchschnittlicher Geschäftsanfall pro Berichterstatter/in ³³	63	99	99	75	75
Erledigte Berufungsverfahren pro Berichterstatter/in	67	100	100	75	75

³¹ Es ist zu erwarten, dass ein Großteil der sozialgerichtlichen Entscheidungen nach dem ZRBG mit der Berufung angefochten wird. Außerdem sind die Berufungseingänge aus den neuen Rechtsgebieten („Hartz-IV“) in die Prognose einzubeziehen.

³² Bei den Erledigungen ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2005 insgesamt zusätzlich 125 Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz aus den „Hartz-IV“-Bereichen erledigt wurden. Diese Zahl wird voraussichtlich auf 200 ansteigen.

³³ Die Berechnung der durchschnittlichen Verfahrensdauer entspricht den Vorgaben für die Bundesstatistik.

Produktbereich 06: Justizvollzug

Kapitel 2300

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.264	4.094	4.094	3.243	3.243
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.264	4.094	4.094	3.243	3.243
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	119.089	116.065	115.766	118.995	119.046
• Personalausgaben in Tsd. EUR	95.882	94.292	94.443	96.510	96.561
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	23.207	21.773	21.323	22.485	22.485
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	5.398	5.741	5.741	5.741	5.741
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	29.426	23.145	12.125	9.881	8.398
Stellen	1.728,66	1.732,26	1.732,26	1.728,66	1.728,66

Ziele des Produktbereichs
Z 1: Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten befähigen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten schützen (§ 2 StVollzG). Der Vollzug der anderen freiheitsentziehenden Maßnahmen wird entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben durchgeführt. Dabei ist den qualitativen und quantitativen Anforderungen der jeweiligen Insassenpopulation durch differenzierte Angebote und Vollzugsformen Rechnung zu tragen. Im Vollzug der Freiheitsstrafe sind die auf Wiedereingliederung abzielenden Maßnahmen vorrangig durchzuführen, soweit sie nicht den Erfordernissen der Sicherheit entgegenstehen.
Produktgruppen - Überblick
PG 13 Strafvollzugsamt
PG 14 Justizvollzugsanstalten

Produktgruppe 13: Strafvollzugsamt

Kapitel 2300

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Sicherung eines gesetzmäßigen Vollzuges Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2007/2008 schwerpunktmäßig verfolgt werden: - Effizienzsteigerung im Bereich des Justizvollzuges - Fortsetzung der Modernisierung der Verwaltung des Justizvollzuges - Fortsetzung der organisatorischen Neuausrichtung und Sicherstellung der entsprechenden Ressourcenausstattung des Justizvollzuges
Produkte
P 1 Weiterentwicklung der konzeptionellen Grundlagen P 2 Gesamtbetriebliche Steuerung/Controlling, Serviceleistungen P 3 Aufsicht – fachliche Kontrolle und Beratung – über die Justizvollzugsanstalten

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.520	1.595	1.595	1.401	1.401
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.520	1.595	1.595	1.401	1.401
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.768	7.118	4.706	4.818	4.820
• Personalausgaben in Tsd. EUR	4.391	6.743	4.325	4.424	4.426
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	377	375	381	394	394

**Produktbereich: 06
Justizvollzug**

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	567	566	567	364	364
· innerbehördlich in Tsd. EUR	466	465	466	299	299
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	101	101	101	65	65

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren überwiegend aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Titel 2300.124.91, 751 T€, 54%) sowie Erstattungen von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer (Titel 2300.232.01, 542 T€, 39%).
Die Betriebsausgaben sind im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (KRD, 3.634 T€, 74%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ³⁴	65,70	87,53	87,53	67,70	67,70
Anzahl der Betreuungseinheiten	2.002	2.002	2.002	2.002	2.002
Personalbetreuungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	269	270	270	270	270
Davon Personalverwaltungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	234	235	235	235	235
Davon Personalentwicklungskosten pro Betreuungseinheit in EUR	35	35	35	35	35

Produktgruppe 14: Justizvollzugsanstalten

Kapitel 2300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Eigenverantwortung und soziale Kompetenz der Gefangenen stärken
Z 2: Negativen Folgen des Freiheitsentzuges entgegen wirken (z.B. durch Erhalt des Arbeitsplatzes)
Z 3: Schulische und berufliche Bildung vermitteln
Z 4: Entweichungen verhindern
Z 5: Gefangene für Verfahren verfügbar sicher unterbringen
Folgende fachlichen Schwerpunkte sollen 2007/2008 verfolgt werden:
- kontinuierliche Überprüfung der Sicherheitseinrichtungen der Vollzugsanstalten,
- Optimierung der Arbeitsabläufe in den Vollzugsanstalten
- Kooperation mit den norddeutschen Ländern bei der beruflichen Qualifikation von Gefangenen
- Sicherung der Drittmittelfinanzierung für Ausbildungsprojekte von Gefangenen
<i>Produkte</i>
P 1 Grundversorgung (Unterbringung, Ernährung, Gesundheitsfürsorge, Bekleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs)
Erläuterungen:
- in der Regel Einzelunterbringung in angemessen ausgestatteten Hafträumen (§ 18 i.V.m. § 201 Nr. 3, §§ 144-146 StVollzG);
- vollwertige Ernährung nach den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre unter Berücksichtigung ärztlicher Anordnungen und religiöser Speisegebräuche (§ 21 StVollzG);
- Gesundheitsfürsorge durch Aufnahmeuntersuchungen sowie durch Gesundheitsuntersuchungen und medizinische Vorsorgeleistungen, ambulante und stationäre Krankenbehandlungen und Versorgung mit Hilfsmitteln (§§ 5 Abs. 3,

³⁴ Die Absenkung gegenüber den Ergebnissen von 2005 ergibt sich durch eine neue konsequent produktorientierte Zuordnung von Einheiten, die zwar zentral organisiert sind (zentrale Revision, Gefangenentransport etc.), aber zu den Produkten des Justizvollzuges gehören und nun folgerichtig dort ausgewiesen werden.

<p>56-62, 65, 158 StVollzG);</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausstattung mit Bekleidung und Gegenständen des täglichen Bedarfs. <p>P 2 Behandlung und Betreuung (einschließlich Soziale Sicherheit)</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung (§ 7 i.V.m. §§ 9 und 10 StVollzG); - Beschäftigung: Arbeit, schulische und berufliche Bildung (§ 7 i.V.m. §§ 37-46, 148 und 149 StVollzG); - besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen (§ 7 StVollzG); - auf die individuellen Besonderheiten der Gefangenen abgestimmte Behandlungskonzepte. <ul style="list-style-type: none"> - Beschäftigung: Arbeit, schulische und berufliche Bildung (§ 7 i.V.m. §§ 37-46, 148 und 149 StVollzG); - besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen (§ 7 StVollzG); - auf die individuellen Besonderheiten der Gefangenen abgestimmte Behandlungskonzepte. <p>P 3 Sicherheit</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bauliche und technische Sicherheitsvorkehrungen (§ 141 StVollzG); - Kontrollen (einschließlich zentrale Revisionsgruppe)
--

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.744	2.499	2.499	1.842	1.842
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.744	2.499	2.499	1.842	1.842
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	114.321	108.947	111.060	114.177	114.226
• Personalausgaben in Tsd. EUR	91.491	87.549	90.118	92.086	92.135
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	22.830	21.398	20.942	22.091	22.091
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	5.398	5.741	5.741	5.741	5.741
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	29.426	23.145	12.125	9.881	8.398

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	7.366	7.354	7.366	7.590	7.595
· innerbehördlich in Tsd. EUR	6.051	6.041	6.051	6.235	6.239
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	1.315	1.313	1.315	1.355	1.356

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Der Einnahmebereich ist geprägt durch die Einnahmen der Arbeitsbetriebe (Titel 2300.125.01 bis 2300.125.10, 93%, 1,725 T€).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, 75.635 T€, 66%).

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ³⁵	1.662,96	1.644,73	1.644,73	1.660,96	1.660,96
Anzahl der Hafttage gem. Bundesstatistik	982.269	1.110.000	1.110.000	1.041.000	1.044.000
Stellen/Insassen-Quotient	0,62	0,54	0,54	0,58	0,58

³⁵ Die Veränderung der Werte gegenüber dem Ergebnis von 2005 ergibt sich durch eine neue konsequent produktorientierte Zuordnung von Einheiten, die zwar zentral organisiert sind (zentrale Revision, Gefangenentransporte etc.), aber zu den Produkten des Justizvollzuges gehören und nun folgerichtig hier ausgewiesen werden.

Produktbereich: 06
Justizvollzug

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Haftkostensatz in EUR/ Tag ³⁶	109,93	92,98	90,71	90	90
Haftkostensatz in EUR/ Tag (ohne Versorgungs- und Beihilfezuschlag) in EUR / Tag	91,55	74,27	72,09	72	72

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Grundversorgung (Unterbringung, Ernährung, Gesundheitsfürsorge, Bekleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs:					
Haftplätze insgesamt (Stichtag = 31.12.)					
Davon	3.097	3.391	3.391	3.198	3.198
Einzelhaftplätze	2.606	2.900	2.900	2.707	2.707
Gemeinschaftshaftplätze	491	491	491	491	491
- Gemeinschaftshaftplätze bis 3 Personen	101	202	202	101	101
- Gemeinschaftshaftplätze über 3 Personen	390	289	289	390	390
Durchschnittliche Jahresbelegung	2.736	3.100	3.100	2.900	2.900
Durchschnittliche Jahresbelegung im Verhältnis zu Haftplätzen in Prozent	88,34	91,10	91,10	90,68	90,68
Ernährung					
Teilnehmer an der Vollverpflegung (Essensportionen)	973.440	1.182.180	1.182.180	1.032.038	1.034.865
Richtsatz für Vollverpflegung in EUR / Tag	2,86	2,86	2,86	2,86	2,86
Kosten der Vollverpflegung pro Teilnehmer in EUR p.a.	1.044	1.044	1.044	1.044	1.044
Gesundheitsfürsorge					
Medizinkosten pro Insasse/Tag in EUR	2,80	2,35	2,35	2,20	2,20
Anzahl der Aufnahmeuntersuchungen (Strafgefangene) ³⁷	6.200	2.100	2.100	6.200	6.200
Bewirtschaftungsmaßnahmen (Heizung, Strom und Wasser der Justizvollzugsanstalten)					
Heizung (Gas u.Fernwärme) in EUR ³⁸	2.002	0	0	1.871	1.871
Strom in EUR	1.169	-	0	1.164	1.164
Wasser in EUR	1.084	-	0	980	980
Gesamt (Heizung, Strom, Wasser) ³⁹	4.255	5.034	4.784	4.015	4.015
Kosten pro Insasse/Tag in EUR	4,26	4,49	4,23	3,79	3,78
pro Haftplatz/Tag in EUR	3,76	4,06	3,87	3,44	3,43
P 2: Behandlung und Betreuung (einschließlich Soziale Sicherheit):					
Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung					
Belegung aller Justizvollzugsanstalten (einschließlich Urlauber und vorübergehend Abwesende)					
Davon	2.736	3.100	3.100	2.900	2.900
Offener Vollzug	217	465	465	178	178
Geschlossener Vollzug	2.519	2.635	2.635	2.722	2.722
Beschäftigung					
Durchschnittliche Zahl an Beschäftigten im Vollzug, davon in					
Arbeit	1.456	1.800	1.800	1.500	1.500
Schule	1.241	1.600	1.600	1.300	1.300
Berufsbildung	63	100	100	50	50
Durchschnittliche Zahl der Freigänger mit freiem	152	100	100	150	150
	36	120	120	36	36

³⁶ Maßgeblich für den Anstieg des Haftkostensatzes in 2005 ist der Grunderwerb für die JVA Billwerder

³⁷ Änderung der Zählweise

³⁸ Der für die Bewirtschaftung aufzuwendende Betrag wird wegen der reduzierten Zahl der JVA sinken

³⁹ Die Planzahlen 2005 und 2006 beinhalten den Gesamtansatz des Titels 2300.517.69

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Beschäftigungsverhältnis					
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung in EUR p.a.	5.398	3.600	3.600	5.741	5.741
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung in EUR / Tag	14,60	14,44	14,44	15,31	15,31
Besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen					
Anzahl der substituierten Gefangenen	-	50	50	130	130
Kosten für Sachmittel pro Substituierte(n) in EUR/Jahr ⁴⁰	54	110	110	50	50

⁴⁰ Die Kosten pro Gefangenen sinken, weil das Substitutionskonzept geändert wurde

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2007 / 2008

Einzelplan 02.0

Justizbehörde

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 02.0

10 Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
- ohne Strafvollzugsbereich -

11 Sachaufwand im Zusammenhang mit Informations-
und Kommunikationstechnik

12 Bauunterhaltung

14 Hochbauinvestitionen

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	-	-	-	30 G	30 G	30 G
		- A	- A	- A	682	1.241	4.150
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	-	-	-	63 G	63 G	63 G
		- A	- A	- A	1	1	1
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-	1 G	1 G	1 G
		- A	- A	- A	2.131	2.131	2.131
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-	112.385 G	127.422 G	127.422 G
		- A	- A	- A	17.304	17.304	17.304
2190	Fachgerichte	-	-	-	2.500 G	3.300 G	3.300 G
		- A	- A	- A	59	59	59
2300	Justizvollzug	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	3.250	2.593	2.593
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	-	-	-	114.979 G	130.816 G	130.816 G
		- A	- A	- A	23.427	23.329	26.238
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		15.837+G	15.837+G
			- A	- A		98-	2.811+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2000
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2050
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2060
			- Z	- Z	- Z				
527	527	527	-	-	-	-	-	-	2110
			- Z	- Z	- Z				
180	180	180	-	-	-	-	-	-	2190
			- Z	- Z	- Z				
844	650	650	-	-	-	-	-	-	2300
			- Z	- Z	- Z				
1.551	1.357	1.357	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			- Z	- Z	- Z				
	194-	194-		-	-		-	-	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008
		16	17	18
2000	Justizverwaltung	712	1.271	4.180
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	64	64	64
2060	Staatsanwaltschaften	2.132	2.132	2.132
2110	Ordentliche Gerichte	130.216	145.253	145.253
2190	Fachgerichte	2.739	3.539	3.539
2300	Justizvollzug	4.094	3.243	3.243
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	139.957	155.502	158.411
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		15.545+	18.454+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	21.234	17.483	17.495	4.498	4.377	4.377
		-	-	-	-	-	-
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	899	900	925	211	145	145
		-	-	-	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	30.628	29.987	30.004	5.509	5.648	5.648
		-	-	-	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	137.465	140.064	140.533	85.109	92.153	92.153
		-	-	-	-	-	-
2190	Fachgerichte	26.137	26.224	26.075	8.815	9.615	9.615
		-	-	-	-	-	-
2300	Justizvollzug	94.443	96.510	96.561	15.516	16.678	16.678
		-	-	-	-	25	-
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	310.806	311.168	311.593	119.658	128.616	128.616
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		362 +	787 +		8.958 +	8.958 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	25	-
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		25+	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
3.973	4.008	4.008	-	-	-	2000
-	-	-	-	-	-	
36	37	37	-	-	-	2050
-	-	-	-	-	-	
100	100	100	-	-	-	2060
-	-	-	-	-	-	
1.014	1.014	1.014	-	-	-	2110
-	-	-	-	-	-	
5	5	5	-	-	-	2190
-	-	-	-	-	-	
5.807	5.807	5.807	-	-	-	2300
-	-	-	-	-	-	
10.935	10.971	10.971	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	36 +	36 +		-	-	+/-
				- H	- H	
-	-	-	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	-	-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		13	14	15	16	17	18
2000	Justizverwaltung	-	-	-	29.705	25.868	25.880
		-	-	-	-	-	-
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	-	-	-	1.146	1.082	1.107
		-	-	-	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-	36.237	35.735	35.752
		-	-	-	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-	223.588	233.231	233.700
		-	-	-	-	-	-
2190	Fachgerichte	-	-	-	34.957	35.844	35.695
		-	-	-	-	-	-
2300	Justizvollzug	-	-	-	115.766	118.995	119.046
		-	-	-	-	25	-
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	-	-	-	441.399	450.755	451.180
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		9.356 +	9.781 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	25	-
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		25 +	-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
200	188	138	29.905	26.056	26.018	2000
-	138	200	-	138	200	
-	-	-	1.146	1.082	1.107	2050
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	36.237	35.735	35.752	2060
-	-	-	-	-	-	
1.067	1.112	1.129	224.655	234.343	234.829	2110
1.385	1.129	1.552	1.385	1.129	1.552	
-	-	-	34.957	35.844	35.695	2190
-	-	-	-	-	-	
12.125	9.881	8.398	127.891	128.876	127.444	2300
9.125	8.398	6.709	9.125	8.423	6.709	
11.767 B	9.490 B	7.267 B	454.791	461.936	460.845	Ges. Aus.
1.625	1.691	2.398				
	2.277-B	4.500-B		7.145 +	6.054 +	+/-
	66 +	773 +				
8.767 B	7.267 B	6.334 B	10.510	9.690	8.461	Ges. VE
1.743	2.398	2.127				
	1.500-B	2.433-B		820-	2.049-	+/-
	655 +	384 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung				
(012)	----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	39	30	30	30
119.92	Schadenersatzleistungen	96	83	83	83
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	1	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	637	500	500	500
124.01	Einnahmen aus Werbung	0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
124.91 (052)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	115	98	98	98
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.518.69.				
131.91	Verkauf von Grundstücken	0	0	559	3.468
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	1	1	1
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.535.56 02.0.2000.546.69.				
232.02	Beteiligung anderer Bundesländer an den Entwick- lungskosten von IuK-Verfahren der Landesjustiz- verwaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.54.	5	0	-	-
342.01	Zuschüsse zur Beschaffung technischer Arbeits- hilfen für Behinderte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.12.	114	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
	Gesamteinnahmen		712	1.271	4.180
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	18.637	18.829	13.557	13.533
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	50	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	121	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.154	509	1.952	1.988
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	14	20	20	20
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 2 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Einzelplans	0 3.500 R	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0	1.876	1.954	1.954
519.01 (052)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	33 138 R	65	56	56
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	24	0	191	191
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	787 88 R	347	323	323
632.02	Erstattungen an gemeinsame Einrichtungen	23	55	55	55
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IuK-Administration von Dataport Übertragbar	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	1.630	1.050	1.110	1.110
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar	2.774	2.774	2.774	2.774
	Titelgruppe (n) -----				
269	Sach- und Fachausgaben der Allgemeinen Verwaltung -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.124.01.	262 279 R	408	365	365
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar	25 14 R	40	28	28
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	413 5 R	381	311	311
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2000.124.91.	2.552 40 R	2.293	2.055	2.055
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar	583 284 R	655	601	601
531.69	Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger Übertragbar	379 39 R	102	250	250
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen Übertragbar	35 9 R	49	49	49
536.69	Loseblattausgabe "Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg" Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	181 101 R	158	148	148

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
547.69	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung des Internationalen Seegerichtshofs Übertragbar	20 37 R	0	-	-
681.69	Zuschüsse im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	23 3 R	25		
684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	69 9 R	69	69	69
	Summen für Z69	4.541 819 R	4.180	3.876	3.876
701.01	Kleine Investitionen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	2 260 R	138	138 138 VE	138 138 VE
701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken Übertragbar	37 171 R	62	-	- 62 VE
710.01	Instandsetzung und Modernisierung im Amt für Allgemeine Verwaltung und im Justizamt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	43 548 R	0		
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau des Lager- und Versteigerungshauses Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	21 374 R	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	10 39 R	0	-	-
812.12	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen für Behinderte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.342.01.	92	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2000.812.56. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.232.02.	87 1.073 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Justizbehörde Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.812.54.	1.356 3 R	0	-	-
881.01 (022)	Investitionskostenanteil für den Internationalen Seegerichtshof Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0 50 R	0	50	
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		29.905	26.056 138 VE	26.018 200 VE
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter ----- (011)				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	36	63	63	63
119.98	Vermischte Einnahmen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69.	2	1	1	1
124.01 (019)	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		64	64	64
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.097	968	957	943
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	3-	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	63-	69-	57-	18-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050 -----					
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	0 9 R	3	1	1
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11.	4	4	4	4
671.53 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IuK-Administration von Dataport Übertragbar	0	0	-	-
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	9	8	9	9
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar	36	28	28	28
	Titelgruppe (n) -----				
Z69	Sach- und Fachausgaben des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2050.119.98. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2050.124.01.	11 13 R	15	15	15
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	5 7 R	28	32	32
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar	91 4 R	138	70	70
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar	2 6 R	4	4	4
531.69	Veröffentlichungen Übertragbar	1 15 R	10	10	10
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar	12	9	9	9
	Summen für Z69	121 47 R	204	140	140

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050 -----					
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar	12 9 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Infor- mations- und Kommunikationstechnik bei dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten Übertragbar	0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		1.146	1.082	1.107
2060	Staatsanwaltschaften				
(052)	----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	0	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.	1	1	1	1
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren	0	0	-	-
119.05	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Gegen- stände, Kautionen und dgl. 30.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.546.69.	42	30	30	30
119.09	Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl.	1.221	2.000	2.000	2.000
119.98	Vermischte Einnahmen	242	100	100	100
124.01	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.	4	1	1	1
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2060.546.91.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060					

	Gesamteinnahmen		2.132	2.132	2.132
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	28.999	28.255	28.901	29.113
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	126	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.576	2.373	1.086	891
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	50 74 R	63	63	63
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.				
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	970	900	900	900
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				
526.02	Kosten für Unterbringungen	1.122	1.100	1.100	1.100
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik	180 35 R	279	279	279
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11.				
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.282.91.				
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außer- gerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	2	100	100	100
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				
	Titelgruppe (n) -----				
Z69	Staatsanwaltschaften				

511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	518 29 R	396	535	535
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.111.49 02.0.2060.124.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar	1 3 R	4	4	4
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	699 4 R	630	630	630
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar	2.127 2 R	2.118	2.118	2.118
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 30.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.119.05. Summen für Z69	46 14 R 3.390 53 R	19	19	19
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	1	0	-	-
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	102 40 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		36.237	35.735	35.752
2110	Ordentliche Gerichte -----				
(052)	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	1.038	850	850	850
111.49	Benutzungsentgelte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69.	11	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
111.51	Gerichtskosten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.01.	97.128	86.000	96.500	96.500
111.52	Einnahmen aus Mahnverfahren Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.01.	21.474	18.000	21.500	21.500
111.53	Einnahmen aus Betreutenvermögen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.03.	52	0	-	-
111.54	Gebühreneinnahmen der Vollstreckung 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.459.68 02.0.2110.526.68.	5.454	2.800	3.000	3.000
111.55	Auslagenersatz der Vollstreckung Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.546.68.	5.304	4.735	4.735	4.735
111.56	Einnahmen aus Mahnverfahren des Landes Mecklenburg-Vorpommern Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.461.01 02.0.2000.671.55 02.0.2110.511.01 02.0.2110.511.69 02.0.2110.517.69 02.0.2110.632.01.	75	0	837	837
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtskosten aus diesen Verfahren	17.069	17.000	17.000	17.000
119.98	Vermischte Einnahmen	71	300	300	300
124.01	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69 02.0.2110.535.56.	2	4	4	4
231.01	Erstattung von Verfahrenskosten für Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft	429	0	-	-
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein für die Abhaltung der großen juristischen Staatsprüfung	301	527	527	527

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2110.546.91.	54	0	-	-
	Gesamteinnahmen		130.216	145.253	145.253
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	118.393	119.342	118.362	118.850
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	980	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	18.239	17.088	20.667	20.648
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	668	665	665	665
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.52.	7.869	6.500	5.287	5.287
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	296 364 R	369	369	369
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.51.	37.975	33.900	37.400	37.400
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.53.	17.561	14.900	19.000	19.000
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	1.377	600	1.400	1.400

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.132.91.	1.219 26 R	1.673	1.807	1.807
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.282.91.	39 36 R	0	-	-
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	69	100	100	100
632.01	Anteilige Erstattung aus Einnahmen des gemeinsamen Mahngerichts an Mecklenburg-Vorpommern Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	0	0	-	-
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außer- gerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	1.223	1.014	1.014	1.014
	Titelgruppe(n) -----				
Z68	Vollstreckungskosten -----				
459.68 (940)	Vergütungen für Gerichtsvollzieher gem. § 49 Abs. 1 u. 2 BBesG Übertragbar Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.54.	501	370	370	370
526.68	Bürokosten der Gerichtsvollzieher (§49 (3) BBesG) Übertragbar Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.54.	2.270	2.400	2.400	2.400
546.68	Auslagenerstattung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.55.	5.200	4.665	4.665	4.665
547.68	Kostenbefreite Auslagen (§ 2 (1,2) GvKostG) Übertragbar	106	100	100	100
	Summen für Z68	8.077	7.535	7.535	7.535

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
Z69	Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte -----				
427.69	Entgelte für Zustellungsaufträge Übertragbar	0	0	-	-
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56 02.0.2110.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.49 02.0.2110.124.01.	3.943 317 R	4.121	3.700	3.700
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar	31 35 R	29	31	31
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	3.003 117 R	2.973	3.115	3.115
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar	12.699	12.698	12.698	12.698
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Summen für Z69	31 41 R	81	81	81
		19.708 509 R	19.902	19.625	19.625
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	491 798 R	567 767 VE	512 629 VE	629 634 VE
702.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .	175 371 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
710.01	Instandsetzung und Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	175 771 R	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	267 522 R	500 618 VE	600 500 VE	500 918 VE
812.02	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .	33 38 R	0		
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Rahmen der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar	0	0	-	-
892.56	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
971.09	Verwendung von Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten aus der Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl (Weggefallener Ansatz)	0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		224.655 1.385 VE	234.343 1.129 VE	234.829 1.552 VE
2190	Fachgerichte -----				
(054)	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	0	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.511.69.	16	0	-	-
111.51	Gerichtskosten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.526.01.	4.244	2.500	3.300	3.300

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
119.98	Vermischte Einnahmen	24	52	52	52
124.01	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.546.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
124.10	Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.518.69.	30	0	-	-
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	5	5	5	5
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.535.56 02.0.2190.546.69.	1	2	2	2
232.01	Erstattung von Kostenanteilen durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Kosten des gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchssteuern	93	180	180	180
	Gesamteinnahmen		2.739	3.539	3.539
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	24.179	23.018	24.370	24.399
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	10	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.156	2.909	1.644	1.466
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	226	210	210	210
517.60	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
518.60	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	66 244 R	73	73	73
519.56	Außerordentliche Bauunterhaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit IuK Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	8	0		
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.111.51.	4.885	4.200	5.000	5.000
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91.	176 146 R	365	365	365
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte in Disziplinar- und Berufsgerichtsverfahren Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	2	5	5	5
	Titelgruppe (n) -----				
Z69	Fachgerichte -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.111.49.	639 177 R	754	754	754
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	1 13 R	4	4	4
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	743 176 R	802	802	802
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.10.	2.258 374 R	2.579	2.579	2.579

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
534.69	Verwendung der Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen Übertragbar	0	0	-	-
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.01. Summen für Z69	26 85 R	38	38	38
701.01	Kleine Investitionen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	109	0	-	-
701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit IuK-Technik Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs- gegenständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	53 111 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		34.957	35.844	35.695
2300	Justizvollzug				
(056)	----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	1	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	62	0	-	-
119.01	Ersatzleistungen für Sturm- und Feuerschäden	0	0	-	-
119.02	Kostenbeteiligung der Gefangenen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.517.69.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
119.92	Schadenersatzleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.	31	49	49	49
121.03	Ablieferungen des Wirtschaftsplans Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand an den Haushalt	0	0	-	-
124.01	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.	871	751	751	751
125.01	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	1.146	1.261	1.000	1.000
125.02	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Glasmoor Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	198	441	200	200
125.03	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	24	42	20	20
125.04	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungshaftanstalt Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	146	188	150	150
125.05	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungshaft- und Vollzugsanstalt Vierlande (Weggefallener Ansatz)	61	104		
125.06	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Billwerder Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	177	194	250	250

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
125.07	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Sozialtherapeutischen Anstalt Altengamme (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	4	6		
125.08	Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen der Arbeitsbetriebe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.514.08.	605	0	-	-
125.09	Einnahmen aus Verpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.533.69.	175	105	105	105
125.10	Verkaufserlöse aus Eigenprodukten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.514.08 02.0.2300.546.01 02.0.2300.546.69.	0	0	-	-
129.01	Beitragsanteile der Gefangenen zur Arbeitslosenversicherung Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.636.01.	67	108	67	67
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.535.56 02.0.2300.546.69.	1	1	1	1
133.91	Einnahmen anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft d. Vollzugsbediensteten 2008 Übertragbar Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.519.01 02.0.2300.546.02.	0	0	-	-
232.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.534.69.	570	542	542	542
232.02	Erstattung von Haftkosten in Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.534.69.	88	72	72	72
235.01	Zuweisung der Regionaldirektion Nord für Ausgaben der Gefangenenausbildung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	1	0	-	-
281.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch die Gefangenen 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	36	230	36	36

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
282.02	Kostenbeiträge für Sozialtickets (Weggefallener Ansatz)	0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		4.094	3.243	3.243
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	78.034	80.739	79.269	79.211
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	453	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	5	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	17.390	13.704	17.241	17.350
514.08	Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitsbetriebe Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.08.	560	0	-	-
517.60 (053)	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.07. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.06. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.133.91.	1.894 152 R	1.994	2.194	2.169
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91.	170 66 R	265	337	337
546.01	Abführungen an Vertragspartner der Eigenprodukte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
546.02	Ausgaben anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft d. Vollzugsbediensteten 2008 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.133.91.	0	0	25 VE	25
549.01	Einsparungen im Zusammenhang mit der Verlagerung von Justizvollzugsanstalten (Weggefallener Ansatz)	0	700-		
636.01	Zuweisung an die Bundesagentur für Arbeit -Arbeitslosenversicherung für Gefangene- Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.129.01.	2.053 492 R	2.441	2.341	2.341
681.01	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfen und Taschengeld für Gefangene Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 .	3.345 111 R	3.300	3.400	3.400
	Titelgruppe (n) -----				
Z69	Sach- und Fachausgaben des Strafvollzugsamtes -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.07 02.0.2300.281.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.06. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.111.49 02.0.2300.119.92 02.0.2300.124.01 02.0.2300.235.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10.	1.496 111 R	1.333	1.333	1.333
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	372 41 R	404	394	394
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.119.02.	7.074	5.874	6.324	6.324
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar	356	313	313	313

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
526.69	Kosten für Gutachten Übertragbar	8	20	20	20
533.69	Nahrungsmittel Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.09.	3.073	3.356	2.900	2.900
534.69	Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 02.0.2300.232.01 02.0.2300.232.02.	2.800	2.528	2.298	2.298
536.69	Sonstige Ausgaben für Gefangene einschließlich Fortbildung und Freizeitgestaltung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.119.98 02.0.2300.124.91.	50 73 R	98	449	449
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10.	76	31	116	116
632.69	Erstattungen für Strafvollzugseinrichtungen an andere Bundesländer Übertragbar Summen für Z69	43	66	66	66
		15.347 225 R	14.023	14.213	14.213
710.01	Modernisierung und Verbesserung der Unter- bringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2300.812.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	5.760 1.809 R	6.000 8.000 VE	8.840 5.000 VE	5.000 5.500 VE
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	15.457 241 R	5.000		
735.01	Heizenergie-, strom- und wassersparende Maßnahmen in Dienstgebäuden Übertragbar	22 86 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
791.01	Abriss der Kläranlage bei der JVA Vierlande Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0	0	1.500 VE	1.500
811.01	Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	372 101 R	375 375 VE	291 375 VE	375 459 VE
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2300.710.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	532 734 R	750 750 VE	750 750 VE	750 750 VE
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen Übertragbar EDK-020-14.	72 8 R	0	-	-
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	653 922 R	0		
812.20	Einrichtung für das Vollzugskrankenhaus Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 1 R	0		
821.01	Grunderwerb für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar	6.502 1 R	0		
821.02	Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar	56 1.864 R	0	773 VE	773
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		127.891 9.125 VE	128.876 8.423 VE	127.444 6.709 VE

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	421.91	422.91
		Gesamt- betrag	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.557	---	7.069
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	957	---	632
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	28.901	---	16.302
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	118.362	---	61.999
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	24.370	---	13.461
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	79.269	---	51.212
	Summe Gesamtansatz 2007	265.416	---	150.675
	Summe Vergleichszahl 2006	271.151	---	158.175
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	269.340	---	150.445
	Summe Rest 2005			

02.0 Justizbehörde

Ritel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Ver- sorgungsbez. d. Arbeit- erinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
2000	3.302	309	146	2.125	294	28	284
2050	99	---	2	190	9	---	25
2060	6.387	93	---	4.893	567	8	651
2110	31.130	713	642	18.547	2.794	64	2.473
2190	5.742	36	27	4.076	485	3	540
2300	9.568	---	225	15.357	860	---	2.047
	56.228	1.151	1.042	45.188	5.009	103	6.020
	52.099	1.224	1.042	47.485	4.684	109	6.333
	59.853	1.244	1.056	45.220	5.382	112	6.028

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	421.91	422.91
		Gesamt- betrag	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.533	---	7.055
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	943	---	621
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	29.113	---	16.465
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	118.850	---	62.372
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	24.399	---	13.485
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	79.211	---	51.152
	Summe Gesamtansatz 2008	266.049	---	151.150
	Summe Vergleichszahl 2007	265.416	---	150.675
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	269.340	---	150.445
	Summe Rest 2005			

02.0 Justizbehörde

Ritel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Ver- sorgungsbez. d. Arbeit- erinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
2000	3.297	309	146	2.121	294	28	283
2050	99	---	2	187	9	---	25
2060	6.381	93	---	4.942	566	8	658
2110	31.120	712	642	18.659	2.793	64	2.488
2190	5.739	36	27	4.083	485	3	541
2300	9.588	---	225	15.339	862	---	2.045
	56.224	1.150	1.042	45.331	5.009	103	6.040
	56.228	1.151	1.042	45.188	5.009	103	6.020
	59.853	1.244	1.056	45.220	5.382	112	6.028

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.952	---	1.322
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	57-	---	76-
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.086	---	478
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	20.667	---	16.212
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.644	---	948
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.241	---	14.379
	Summe Gesamtansatz 2007	42.533	---	33.263
	Summe Vergleichszahl 2006	36.514	---	27.433
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	40.451	---	30.629
	Summe Rest 2005			

02.0 Justizbehörde

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
2000	239	12	379
2050	6	---	13
2060	13	4	591
2110	556	76	3.823
2190	146	3-	553
2300	414-	5	3.271
	546	94	8.630
	780	42	8.259
	192	93	9.537

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.988	---	1.350
2050	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	18-	---	40-
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	891	---	306
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	20.648	---	16.200
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.466	---	797
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.350	---	14.470
	Summe Gesamtansatz 2008	42.325	---	33.083
	Summe Vergleichszahl 2007	42.533	---	33.263
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	40.451	---	30.629
	Summe Rest 2005			

02.0 Justizbehörde

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
2000	244	12	382
2050	6	---	16
2060	4	4	577
2110	539	75	3.834
2190	135	3-	537
2300	404-	5	3.279
	524	93	8.625
	546	94	8.630
	192	93	9.537

Erläuterungen zu den Kapiteln

2000 Justizverwaltung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01.

2. Zuwendungen

Der Kindergarten Sievekingplatz e.V. hat eine Betriebserlaubnis für 56 Plätze. Davon werden 36 Plätze vom Amt für Kindertagesbetreuung finanziert und 20 Plätze als Betriebskindergarten für Justizangehörige vorgehalten. Maßgeblich für die Steuerung der Zuwendung aus dem Einzelplan 2 ist der Auslastungsgrad. Dieser lag im Haushaltsjahr 2005 bei 114 % insgesamt.

Die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten erhält von Bund und Ländern Zuwendungen für die Herausgabe der Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe. Die Verwendungsnachweisprüfung erfolgt durch die Landesjustizverwaltung Hessen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppe 01

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Einzahlungen, die nicht zugeordnet werden können, werden auf einem Verwahrgeldkonto gebucht. Dieses gilt z.B. für im Vorschusswege gezahlte Beträge, die einem bestimmten Verfahren nicht zugeordnet werden können. Gelingt es über einen längeren Zeitraum hinweg nicht, diese Beträge einem bestimmten Verfahren zuzuordnen bzw. an einen Berechtigten auszukehren, werden sie an den Haushalt abgeführt.

131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Einnahmen entstehen aus der Rückgabe des Grundstücks der JVA Vierlande an das Allgemeine Grundvermögen (AGV)

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Siehe Vorwort und Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppen 01 bis 02

461.20 – Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds –

Im Einzelplan 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer Maßnahmen zu fördern und die möglichst reibungslose Weiterbeschäftigung freierwerbenden Personals zu sichern.

Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds, die im Haushalt 2005/2006 bereits nachrichtlich im Einzelplan 9.2 veranschlagt waren (Titel 9700.461.01 bis 461.17), beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007 dezentral in den Einzelplänen veranschlagt.

2000

531.69 – Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger –

Die mit dem Druck und Vertrieb des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes und des Amtlichen Anzeigers beauftragte Druckerei setzt den erzielten Verkaufserlös von den Druckkosten direkt ab und stellt der Justizbehörde den verbleibenden Rechnungsbetrag für die Druckkosten in Rechnung. Aufgrund der Veröffentlichungen über das Internet sind die bisher erzielten Verkaufserlöse erheblich zurückgegangen, so dass die Ausgaben gegenüber denen der Vorjahre angestiegen sind.

684.69 – Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke –

Zuwendungen sind vorgesehen an (Beträge in Tsd. EUR)

Zuwendungsempfänger	Beginn der Förderung	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ansatz 2006	Bewilligung 2005
Kindergarten am Sievekingplatz e.V.	1995	68	68	68	68
Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten	1998	1	1	1	1
Summe		69	69	69	69

Investitionen

Im Kapitel 2000 sind Mittel für Sicherungsmaßnahmen in und an den Dienstgebäuden sowie ein Leertitel für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen im Rahmen der IuK-Globalplanung veranschlagt.

2050 Hamburgischer Datenschutzbeauftragter

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Für die Entwicklung der Aufgaben sind insbesondere die Innovationen der IuK-Technik, die Anzahl der betreuten Stellen sowie die gemeldeten Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen maßgebend. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 04

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 03

Investitionen

Für den Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten sind keine Investitionen geplant.

2060 Staatsanwaltschaften

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Ermittlungsverfahren sowie von dem Umfang und der Struktur der Verfahren abhängig. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der Staatsanwaltschaften nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03, Produktgruppe 04

119.09 – Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB und dgl. –

Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwertung zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögensgegenstände entstehen, werden von den Einnahmen abgesetzt.

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Bei diesem Titel werden insbesondere Einnahmen aus hinterlegten Geldern nachgewiesen. Es handelt sich dabei um vorübergehende Einnahmen, die zu gegebener Zeit auf Antrag eines Berechtigten wieder ausgekehrt werden müssen.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben der Staatsanwaltschaften sind geprägt durch die Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (37 %) und die Gebäudekosten (50 %). Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2005.

Investitionen

Die Investitionen für Gerichte und Staatsanwaltschaften insgesamt sind im Kapitel 2110 veranschlagt.

2110 Ordentliche Gerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl sowie dem Umfang und der Struktur der Verfahren abhängig. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 04.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der ordentlichen Gerichte nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen der Ordentlichen Gerichte sind geprägt durch die Gerichtskosten, Einnahmen aus Mahnverfahren sowie Geldstrafen und Geldbußen (93 %). Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2005.

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Bei diesem Titel werden insbesondere Einnahmen aus hinterlegten Geldern nachgewiesen. Es handelt sich dabei um vorübergehende Einnahmen, die zu gegebener Zeit auf Antrag eines Berechtigten wieder ausgekehrt werden müssen.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben der Ordentlichen Gerichte sind geprägt durch die Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (70 %), die Vollstreckungskosten (8,1 %) und die Gebäudekosten (17,3 %). Die Veranschlagung der Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen basiert auf den Ergebnissen 2005. Die Veranschlagung der Vollstreckungskosten und der Gebäudekosten orientiert sich am voraussichtlichen Bedarf.

511.01 – Zustellkosten Mahnverfahren –
und

511.69 – Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige
Gebrauchsgegenstände –

Weniger aufgrund einer kostengünstigeren Vergabe von Zustellaufträgen sowie geringerer Fallzahl im Mahnverfahren des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

526.03 – Kosten in Betreuungsangelegenheiten –

Die Veranschlagung basiert auf der Annahme, dass zum Jahresende 2007 insgesamt 26.500 Betreuungen anhängig sein werden, die zum Jahresende 2008 auf 27.000 Betreuungen ansteigen werden. Dabei wird aufgrund der Einschätzung der gerichtlichen Praxis davon ausgegangen, dass sich der in den letzten Jahren zu verzeichnende Fallzahlzuwachs durch eine verstärkte Nutzung von Vorsorgevollmachten abflachen wird.

Um die daraus resultierenden finanziellen Folgen für die Staatskasse abzusichern, sieht der Haushaltsplan eine Ansatzserhöhung von 1,5 Mio. Euro bei diesem Titel gegenüber dem von der Bürgerschaft mit der Drucksache 18/3419 „Haushaltsplan 2005/2006 – Änderung von Ansätzen im Haushaltsjahr 2006“ beschlossenen Ansatz vor.

Investitionen

701.01 – Kleine Investitionen im Bereich der Justiz –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (häusliche Sicherung der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte; Sicherungseinrichtungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften).

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigung sind vorgesehen für Beschaffungen im Rahmen der Modernisierung zur Verbesserung der Ausstattung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie für Beschaffungen im Zusammenhang mit den Prüfungen des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten.

2190 Fachgerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren sowie von dem Umfang und der Struktur der Verfahren abhängig. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 05.

2. Zuwendungen

Im Bereich der Fachgerichte werden keine Zuwendungen gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen der Fachgerichte sind geprägt durch die Gerichtskosten (93,2 %). Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2005.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben der Fachgerichte sind geprägt durch die Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (54,2 %) und die Gebäudekosten (35,9 %). Die Veranschlagung der Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen basiert auf den Ergebnissen 2005. Die Veranschlagung der Gebäudekosten orientiert sich am voraussichtlichen Bedarf.

Investitionen

Die Investitionen für Gerichte und Staatsanwaltschaften insgesamt sind im Kapitel 2110 veranschlagt.

2300 Justizvollzug**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06.

2. Zuwendungen

Zuwendungen für den Bereich des Strafvollzugs sind im Kapitel 2000 veranschlagt. Siehe Erläuterungen zum Titel 2000.684.69.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 13 und 14

125.01
bis
125.07 – Einnahmen der Arbeitsbetriebe –

Die Veranschlagung der Einnahmen basiert auf dem Durchschnittsergebnis der vergangenen 5 Jahre.

Aufgrund der Neuordnung der Justizvollzugsanstalten (Neueröffnung/Schließungen/Zusammenfassung) sind die Titel 125.05 und 125.07 entbehrlich geworden und weisen aus technischen Gründen für das Haushaltsjahr 2006 noch Ansätze aus.

Die Zweckbindung der Mehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben dient als Anreiz zur Einnahmeerhöhung in den Arbeitsbetrieben.

133.91 – Einnahmen anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft der Vollzugsbediensteten 2008 –

Neueinrichtung eines Titels, um die im Verlaufe der in 2008 durch die Justizbehörde Hamburg - Strafvollzugsamt- auszurichtende Fußballmeisterschaft erzielten Einnahmen nachweisen zu können.

Ausgaben*Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 13 und 14

517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –

Mehr aufgrund eingetretener Kostensteigerungen

533.69 – Nahrungsmittel –

Weniger aufgrund der Aufhebung der weiteren Zweckbestimmung „Verbrauchsmittel“. Diese Ausgaben werden künftig bei 536.69 nachgewiesen.

536.69 – Sonstige Ausgaben für Gefangene einschließlich Fortbildung und Freizeitgestaltung –

Mehr aufgrund budgetneutraler Bereinigung anderer Titel, insbesondere des 533.69.

546.02 – Ausgaben anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft der Vollzugsbediensteten 2008 –

Neueinrichtung eines Titels, um die im Verlaufe der in 2008 durch die Justizbehörde Hamburg - Strafvollzugsamt- auszurichtende Fußballmeisterschaft vorzunehmenden Ausgaben getrennt von den übrigen Sach- und Fachausgaben nachweisen zu können.

Investitionen

710.01 – Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten –

Für die Haushaltsjahre 2007/2008 sind derzeit folgende Einzelmaßnahmen mit einem Finanzvolumen von über 2,5 Mio. EUR geplant bzw. vorgesehen:

- JVA Hahnöfersand – Sicherheitskonzept (Beginn 2007)
- JVA Fuhlsbüttel – Mauersanierung (Beginn 2008)
- Untersuchungshaftanstalt – Grundsanierung B-Flügel (Beginn 2008).

Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt im Abschluss bzw. in der Fortsetzung bereits laufender Maßnahmen. Dazu gehören u.a.

- JVA Fuhlsbüttel – Sicherheitstechnik / bauliche Sicherungsmaßnahmen
- JVA Fuhlsbüttel – Grundsanierung Haus III
- Untersuchungshaftanstalt – Sanierungsmaßnahmen.

Folgewirkungen der neuen Investitionen:

Es entstehen keine Folgekosten aus den genannten Investitionsmaßnahmen, da es sich dabei ausschließlich um Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen handelt. Soweit durch einige Maßnahmen Einsparungen erzielt werden können, lässt sich deren Umfang nicht quantifizieren.

811.01 – Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Ersatzbeschaffung von Gefangenentransportwagen und weiteren Fahrzeuge der Vollzugsanstalten vorgesehen.

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für den Ersatz diverser Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wirtschafts-, Haus- und Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten.

821.02 – Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder –

Veranschlagt ist die Werterstattung für Ausgleichsflächen aus dem Allgemeinen Grundvermögen, des Bezirksamtes Bergedorf und der Umweltbehörde einschließlich der Herrichtungskosten.

Übersicht über die in den Deckungskreisen 10, 11, 12 und 14 veranschlagten Mittel

<u>Deckungskreis 10 / Zahlung aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen - ohne Strafvollzug -</u>						
Titel	Zweckbestimmung	2005	2006	2007	2008	Differenz
		Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
in Tsd. €						
2060	Staatsanwaltschaften					
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	970	900	900	900	0
526.02	Kosten für Unterbringungen	1.122	1.100	1.100	1.100	0
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen	2	100	100	100	0
	Summe	2.094	2.100	2.100	2.100	0
2110	Ordentliche Gerichte					
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richter	668	665	665	665	0
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren	7.869	6.500	5.287	5.287	-1.213
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	37.975	33.900	37.400	37.400	3.500
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten	17.561	14.900	19.000	19.000	4.100
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren	1.377	600	1.400	1.400	800
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder	69	100	100	100	0
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen	1.223	1.014	1.014	1.014	0
	Summe	66.742	57.679	64.866	64.866	7.187
2190	Fachgerichte					
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richter	226	210	210	210	0
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	4.885	4.200	5.000	5.000	0
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte	2	5	5	5	0
	Summe	5.113	4.415	5.215	5.215	0
Summe	Deckungskreis 10	73.949	64.194	72.181	72.181	0

Deckungskreis 11 / Sachaufwand Informations- und Kommunikationstechnik

Titel	Zweckbestimmung	in Tsd. €					Differenz	2008 Ansatz	Differenz	Differenz
		2005 Ist	2006 Ansatz	2007 Ansatz	2008 Ansatz	Differenz				
2000 535.56	Justizverwaltung Sachaufwand für IuK-Technik	787	347	323	0	323	0	0	0	
2050 535.56	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter Sachaufwand für IuK-Technik	4	4	4	0	4	0	4	0	
2060 535.56	Staatsanwaltschaften Sachaufwand für IuK-Technik	180	279	279	0	279	0	279	0	
2110 535.56	Ordentliche Gerichte Sachaufwand für IuK-Technik	1.219	1.673	1.807	0	1.807	0	1.807	0	
2190 535.56	Fachgerichte Sachaufwand für IuK-Technik	176	365	365	0	365	0	365	0	
2300 535.56	Justizvollzug Sachaufwand für IuK-Technik	170	265	337	72	337	72	337	0	
Summe	Deckungskreis 11	2.536	2.933	3.115	72	3.115	72	3.115	0	

Deckungskreis 12 / Bauunterhaltung

Titel	Zweckbestimmung	in Tsd. €					Differenz
		2005 Ist	2006 Ansatz	2007 Ansatz	2008 Ansatz	Differenz	
2000 519.01	Justizverwaltung Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	33	65	56	56	-9	0
2050 519.01	Hamburgischer Datenschutzbeauftragter Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	3	1	1	-2	0
2060 519.01	Staatsanwaltschaften Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	50	63	63	63	0	0
2110 519.01	Ordentliche Gerichte Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	296	369	369	369	0	0
2190 519.01	Fachgerichte Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	66	73	73	73	0	0
2300 519.01	Justizvollzug Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.894	1.894	2.194	2.169	300	-25
Summe	Deckungskreis 12	2.339	2.467	2.756	2.731	289	-25

Deckungskreis 14 / Hochbauinvestitionen

Titel	Zweckbestimmung	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
in Tsd. €									
2000	Justizverwaltung								
701.01	Kleine Investitionen	2	260	138	0	138	138	138	138
710.01	Instandsetzung und Modernisierung... (weggefallener Ansatz)	43	548	0	0	0	0	0	0
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau LuV... (weggefallener Ansatz)	21	374	0	0	0	0	0	0
2060	Staatsanwaltschaften								
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	1		0	0	0	0	0	0
2110	Ordentliche Gerichte								
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	491	798	567	767	512	629	629	634
710.01	Instandsetzung und Modernisierung... (weggefallener Ansatz)	175	771	0	0	0	0	0	0
2190	Fachgerichte								
701.01	Kleine Investitionen	109	0	0	0	0	0	0	0
2300	Justizvollzug								
710.01	Modernisierung und Verbesserung...	5.760	1.809	6.000	8.000	8.840	5.000	5.000	5.500
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder	15.457	241	5.000	0	0	0	0	0
791.01	Abriss der Kläranlage bei der JVA Vierlande	0	0	0	0	0	1.500	1.500	0
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen...	72	8	0	0	0	0	0	0
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang...Billwerder	653	922	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 14	22.784	5.731	11.705	8.767	9.490	7.267	7.267	6.272

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung	2005	2006	2007		2008	
		Ist	Ansatz	Ansatz	Differenz	Ansatz	Differenz
in Tsd. EUR							
2000 534.69	Justizverwaltung Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	35	49	49	0	49	0
2300 526.69	Justizvollzug Kosten für Gutachten	8	20	20	0	20	0

Überleitungsplan für die Bewährungshilfen

Vergleichszahl 2006 im Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008		Veranschlagung im Haushaltsplan 2006 gem. Beschluss der Bürgerschaft		Stichwort
Titel	Tsd.EUR	Titel	in Tsd.EUR	
1	2	3	4	5
2000 KRD 1400 KRD	13.464 5.365	2000 KRD	18.829	Bewährungshilfen
2000 KRV 1400 KRV	509 635	2000 KRV	509	Bewährungshilfen
2000.511.69 1400.511.61	362 50	2000.511.69	412	Bewährungshilfen
2000.514.69 1400.533.61	28 12	2000.514.69	40	Bewährungshilfen
2000.517.69 1400.511.61 1400.517.61	251 10 120	2000.517.69	381	Bewährungshilfen Bewährungshilfen
2000.518.69 1400.511.61 1400.518.61	2.055 8 230	2000.518.69	2.293	Bewährungshilfen Bewährungshilfen
2000.519.01 1400.519.61	54 11	2000.519.01	65	Bewährungshilfen
2000.525.92 1400.525.92	186 9	2000.525.92	195	Bewährungshilfen
2000.546.69 1400.533.61	142 16	2000.546.69	158	Bewährungshilfen
2000.671.55 1400.671.55	1.040 10	2000.671.55	1.050	Bewährungshilfen

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2007

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenneuschaffungen				
1	2180	1,00	Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	Erweiterung des Wirtschaftspräsidiums bei der Staatsanwaltschaft (gem. Drucksache 18/5341)
		1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	

^{*)} bei Stellenhebungen und -umwandlungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, R und W oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

